



von ihnen sollte das nicht wollen, wo doch auch von ihnen selber damit ein Stück genommen würde? Wer sollte wohl nicht den schmählichsten Zustand bekämpfen helfen wollen, daß die Arbeit dem am wenigsten zu gute kommt, der das meiste in ihr leistet? Wer will nicht mit Herbeiführen helfen, daß die Arbeit mehr und mehr aus einem Gegenstand der Ausbeutung und Bereicherung der Ausbeuter zu einem Mittel der Erholung der Lebensfreude für alle wird? Gewiß! Dann müssen sich aber auch alle der Gewerkschaft anschließen, aber auch den politischen Bestrebungen huldigen, die nur dasselbe Ziel verfolgen, wenn auch in radikalerer Weise und mit wesentlich anderen Mitteln — Bestrebungen, die einen gesellschaftlichen Zustand zum Ziele haben, in dem alle kleinen und großen Bestrebungen der Gewerkschaften in vollstem Maße erfüllt sein werden, wo der heutige Zustand der Arbeit sich in einen Segen verwandelt haben wird.

### Beschränkungen der Unternehmerrgewinne.

Das Bestreben der Gewerkschaften, höhere Löhne zu erlangen oder Teilens des Unternehmerrgewinns beabsichtigte Lohnreduktionen zu verhindern, ist bis jetzt von bürgerlicher Seite fast stets als ein das Wirtschaftswesen beunruhigendes und daher schädliches bezeichnet worden. Fast stets wurde bei höheren Lohnforderungen der Einwand erhoben, daß die Markverhältnisse Erhöhungen der Warenpreise nicht zuließen und daher Lohnreduktionen nicht bewilligt werden könnten. Lohnreduktionen wurden mit dem Hinweis begründet, daß die Marktlage eine so ungünstige sei, daß wenn man sich den Warenabsatz auch weiter sichern wolle, billiger geliefert werden müsse. Das Unternehmertum hat also fast stets den Standpunkt vertreten, daß es seine gewohnte Stellung auf dem Warenmarkt zwar behaupten müsse, dies aber nie auf seine eigenen Kosten geschehen dürfe, sondern stets auf Kosten des Arbeiters geschehen müsse. Das Unternehmertum besand sich angeblich fast stets in so bedrängter Lage, daß es die Möglichkeit, seinen eigenen Profit zu verringern, wohl in keinem Fall zugab; im Gegenteil behauptete es stets, so wenig zu „verdienen“, daß eine Verringerung des Profits es veranlassen würde, die Produktion als unrentabel aufzugeben und die Betriebe zu schließen. Die Gewerkschaften ließen sich natürlich nicht abschrecken, sondern nahmen die Interessen der Arbeiterklasse in mehr oder minder energischer Weise wahr — je nachdem es die Marktlage augenblicklich gestattete und die wirtschaftlichen Verhältnisse es als nützlich erschienen ließen.

Wie recht sie daran taten und wie falsch die Ansicht ist, daß die Nachfrage nach Produkten mit dem Sinken ihrer Preise eine Steigerung erfahre, wie wenig also die vom Unternehmertum empfohlene Maßhaltung im Fördern von Löhnen angebracht wäre, kann man in einem Bunde: „Das Grundgesetz der Wirtschaftskrisen und ihr Vorbeugungsmittel im Zeitalter des Monopols“, von R. E. May, nachlesen. Man trifft da auch auf den Vorschlag, den Unternehmerrgewinn zu begrenzen, um die Wirtschaftskrisen zu vermeiden. Es wird also das gerade Gegenteil von dem zur Vermeidung von Geschäftsstörungen empfohlen, was die Unternehmer zu diesem Zwecke als notwendig bezeichnen. Aber auch infolern wird den wirtschaftlichen Tendenzen des Unternehmertums entgegengetreten, als eine mit der Zunahme der Produktion Hand in Hand gehende Lohnsteigerung zwecks Vermeidung der Wirtschaftskrisen vorgeschlagen wird. Während die Unternehmer jede Vermehrung der Produktion zum Anlaß nehmen, die Löhne herabzusetzen, wird ihnen hier das Gegenteil angeraten.

Das Buch soll ein Beitrag zur Lösung der Frage der Wirtschaftskrisen sein. In Vorschlägen zur Beseitigung dieser Krisen ist bekanntlich kein Mangel. Keiner entspricht aber unseren eigenen Anschauungen über die Frage in solchem Maße, wie das genannte Buch. Während viele Volkswirtschaftler in der Überproduktion das störende Element, in der Produktionsbeschränkung dagegen das Heilmittel erblicken, stellt R. E. May sich völlig auf den Boden der natürlichen Produktionsvermehrung, die sich durch keinerlei künstliche Hindernisse aufhalten läßt. Die Störung des Wirtschaftslebens findet er dagegen in der Preisgestaltung der Waren und in der Festsetzung der Löhne und Löhne im Widerspruch zur Steigerung der Produktivität. Die Zunahme der Produktivität der Arbeit bedingt eine Steigerung der Löhne oder der Gehälter oder ein Sinken der Preise der Produkte. „Eine Wirtschaftskrise muß allemal dann entstehen, wenn die Verkaufspreise aufhören, in fallender Richtung, und (oder) die Löhne und Gehälter aufhören, in steigender Richtung fortzuschreiten, zusammen in gleicher Geschwindigkeit mit der Produktivität der Arbeit.“ Es ergibt sich daraus, daß je mehr die Produktivität der Arbeit zunimmt, desto höher die Löhne und Gehälter steigen, beziehungsweise die Warenpreise sinken müssen, wenn eine Krise verhindert werden soll, und umgekehrt, daß die kapitalistische Tendenz, die Erzielbarkeit der Arbeit auf höchste zu steigern, zugleich aber auch, wie durch die Kartelle und Trusts, die Warenpreise künstlich hoch zu halten und die Löhne herabzusetzen, niemals Wirtschaftskrisen verhindern oder abschwächen kann, sondern deren Ausbruch geradezu beschleunigen und deren Wirkungen verschärfen muß.

Bekanntlich schreitet die Warenproduktion stetig fort, und die Vermehrung der Produkte findet keine Grenze oder doch nur in solchen Zeiten, wo die Nachfrage nach Produkten unmerkbar geringer wird. Sobald sich aber das Gegenteil zeigt, wird umso schneller produziert. Soll nun der Warenmarkt diese wachsende Warenflut aufnehmen, so muß nach May — und das ist auch unsere Anschauung stets gewesen — ein Rückgang der Preise eintreten oder die Arbeitslöhne müssen dafür um soviel steigen, daß die Verbrauchstrast dem erhöhten Angebot von Waren gewachsen bleibt. Das tritt aber nicht ein, vielmehr erfahren mit der Aufwärtsbewegung der Produktion und der Warenpreise die Löhne in der Regel nur eine geringe Steigerung, häufig auch die nicht einmal, jedoch stets bei Produktionssteigerung ein verhältnismäßiger Weniger- statt Mehrverbrauch an Waren zu verzeichnen sein wird.

Folgendes Beispiel veranschaulicht das:  
Wenn die Einheit des Warenpreises 10, die der Gesamtproduktion 100 000 und die des Arbeitslohnes 20 ist, so gehören 50 000 Arbeitslöhne à 20 dazu, um die Produktion von 100 000 à 10 zu konsumieren. Steigt nun die Produktion auf 120 000, so müßten, um den 50 000 Arbeitern den Verbrauch dieses Quantums zu ermöglichen, die Löhne bei gleichbleibenden Warenpreisen auf die entsprechende Gesamtsumme, also auf die Einheit von 24 erhöht werden.

Nun bleiben aber die Warenpreise trotz der Produktionszunahme nicht auf 10 stehen, sondern werden auf 12½ hinaufgeschraubt. Zum Konsum der so gewerteten Warenmasse gehören aber schon 50 000 Löhne à 30. Statt dessen wächst aber der Lohn nicht auf 24 oder gar auf 30, sondern nur auf 21 und 22. Das Resultat ist, daß (bei 21) 36 000 Produkte à 12½ unverkauft bleiben, also drei Zehntel der Warenerzeugung

keinen Käufer findet, bei der Lohnhöhe von 22 trifft dies 32 000 Produkte, also 22% Prozent der gesamten Erzeugung.

Wenn sich so einfach, wie in diesem Beispiel dargestellt, in Wirklichkeit das Verhältnis zwar selten abwickelt, so ist doch der Grundzug der gleiche. Die Zusammenhänge mögen im ganzen noch so verwickelt sein, der Widerspruch zwischen derjenigen Summe, die das produktionsherrschende Kapital für die Herstellung des Lebens überläßt, hat stets von neuem die Wirkung, daß der Konsum aufhört und der Absatz stockt. Gewöhnlich tritt die Absatzstörung auffälliger in Erscheinung als die Verminderung des Konsums; daraus ist nicht zu schließen, daß die Mehrerzeugung den Eintritt der Krise verschuldet, es ist vielmehr das rückhaltlose Bestreben des Kapitalismus, den Vorteilen dieser Mehrerzeugung möglichst alle in dem Kapitalisten zuzufließen zu lassen. Die Produktionssteigerung ist das immerwährende Element der modernen Wirtschaftsweise. Die künstliche Hochhaltung der Löhne, in Summa die Aneignung eines möglichst hohen Profits dagegen ist das ursächliche Moment der Wirtschaftskrisen. Da aber die Aneignung eines möglichst hohen Mehrwerts der eigentliche Zweck der kapitalistischen Produktion ist, so ergibt sich daraus klar, daß der Eintritt von Wirtschaftskrisen mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise untrennbar verbunden ist. Jeder nachhaltige Eingriff zur Beseitigung dieser Krisen muß notwendig ein Eingriff in das Prinzip der kapitalistischen Mehrwertaneignung sein und damit die Grundlage der kapitalistischen Produktion in Frage stellen. Nur wer sich darüber klar ist, kann ernsthaft an die Bekämpfung der Krisen herantreten.

Die Gewerkschaften handeln also, wie wir schon früher wiederholt ausgeführt haben, im Interesse der ganzen Gesellschaft, wenn sie bei jeder Produktionssteigerung eine dieser entsprechende Erhöhung der Löhne durchsetzen. Nur so erscheint es als möglich, dem Arbeiter dauernd Arbeit und der Gesellschaft ihren Bestand zu sichern. Es versteht sich am Rande, daß sie noch mehr bestrebt sein müssen, die Löhne vor weiterem Sinken zu bewahren.

Uebrigens weist das erwähnte Buch von neuem nicht nur den Nutzen, sondern auch die Notwendigkeit der Gewerkschaften nach, denn durch andere Faktoren als die Gewerkschaften dürfte es vor der Hand kaum gelingen, den Folgerungen und Forderungen des Verfassers Geltung zu verschaffen.

Das genannte Buch ist schon im Jahre 1902 erschienen (Verlag Dümmker in Berlin), aber auch heute noch von aktuellem Interesse, an dem es noch gewinnen wird, wenn erst wieder die jetzt noch anhaltende gute Konjunktur abflauen wird.

### Der politische Massenstreik vor dem Parteitage.

Wer der Frage „Partei und Gewerkschaften“ Interesse entgegenbringt, mußte mit Spannung die Debatten über den politischen Massenstreik erwarten. Und das dürfte bei jedem Gewerkschaftler der Fall sein. Wir erlauben uns deshalb, nachstehend die beiden Referate darüber in längerem Auszuge wiederzugeben.

Zwar einige Bemerkungen dazu. Bebel steht noch auf der Jenaer Resolution, die den Massenstreik in Deutschland als politisches Kampfmittel für politisch zulässig erklärt, nach der aber der Massenstreik erst gewagt werden kann, wenn die deutsche Arbeiterklasse besser als jetzt organisiert sein wird. Eine blutige Revolution hält er mit dem Massenstreik nicht notwendig verbunden. Aber nur gewisse Vorkommnisse könnten zum Massenstreik führen, wie z. B. Anschläge auf das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und das Koalitionsrecht. In solchen Fällen werde man den politischen Massenstreik nicht nur inzienieren wollen, sondern sogar müssen, koste es, was es wolle. Aber nur, wenn die Massen für den Massenstreik geeignet sind, werde er gewagt werden können. Der Massenstreik werde also aus den Massen selbst hervorgehen müssen, dürfe ihnen nicht oktroyiert werden. Damit sie aber zu gegebener Zeit für ihn zu haben sein werden, müssen sie beizeiten für ihn gewonnen werden. Darum die Propaganda für ihn seit dem letzten Parteitage.

Das klingt wesentlich anders, als man es bis zur Veröffentlichung des Protokolls der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände in vielen Parteiblättern lesen konnte. Nach ihnen war ja jeder ein Verräter an der Arbeiterklasse, der nicht schon den Massenstreik in alternativer Zeit wollte.

Legien meinte, der Massenstreik dürfte nicht eher propagiert werden, als bis er angewendet werden sollte. Er könne nicht ohne Blutvergießen abgehen, denn man werde auf die Straße gehen müssen, wenn er wirksam sein sollte. Wenn die Stunde gekommen sei, werde man nicht mehr zu beschließen brauchen, dann werde der Massenstreik eben da sein. Er kann nicht gemacht, sondern nur aus gewisser Spannung geboren werden. Legien hält auch die Verallgemeinerung der Massenstreiks für notwendig und verpricht sich von einem Industrie-Generalstreik mehr.

Wir stimmen Legien darin bei, können aber keinen Fehler in der Propagierung des Massenstreiks sehen, denn wenn er nicht propagiert wird, dürfte seinerzeit die Spannung fehlen, aus der heraus er nach Legien nur geboren werden kann. Selbst wenn sie vorhanden wäre, die Massen aber nicht wüßten, wie sie sie auslösen sollten, könnten sie leicht zu noch gefährlicheren Mitteln, als zum Streik greifen. Nein, die Massen müssen gerade auf die Möglichkeit eines Massenstreiks vorbereitet werden, wenn er gelingen soll. Es mag auch garrichts aus, daß die Gegner wissen, der Massenstreik könne einmal angewandt werden, je länger sie ihn zu fürchten haben, umso besser für uns. Der Massenstreik darf aber nicht so propagiert werden, als ob er täglich zu erwarten sei, denn sonst würde die ihn gebärende Spannung zu früh vorhanden sein und sich auch zu früh auslösen können.

Bemerkenswert ist übrigens, daß beide Redner, trotz vieler Meinungsverschiedenheiten, darin einig sind, daß die Arbeiterklasse erst dann möglich sein wird, wenn die Arbeiterklasse besser als jetzt organisiert sein und selber für ihn eingekommen sein wird. Ehe die Führer nicht wissen, daß sie die Massen hinter sich haben, dürfte ein Massenstreik nicht proklamiert werden. Das ist auch unsere Meinung, die aber nicht ausschließt, daß man den Massenstreik vor den Massen propagieren kann.

Doch lassen wir nun die Referenten selber zum Worte kommen.

Als erster Berichterstatter erhält das Wort Reichstagsabgeordneter August Bebel. Er teilt zunächst mit, daß keine Resolution an einigen Punkten Änderungen erfahren habe. Dann fährt er fort: „Als wir im vorigen Jahre von Jena weggegangen, hat wohl niemand geglaubt, daß wir schon im nächsten Jahre in Mannheim wiederum über das Thema politischen Massenstreiks mit dem wir uns in Jena so eingehend beschäftigt hatten, zu sprechen genötigt sein würden. Wie es gekommen ist, dürfte Ihnen allen ja bekannt sein. Die Art, wie diese Diskussion propagiert worden ist, muß auf das allerhöchste verurteilt werden. Sie wissen, daß eine unverbindliche Besprechung zwis-

chen Parteivorstand und Generalkommission stattgefunden hatte und die Generalkommission darüber in einer Konferenz den Gewerkschaftsleiter Bericht erstattete. Es wurde darüber ein Protokoll aufgenommen, das vielfach, wie ich noch nachweisen werde, über die Besprechung mit dem Parteivorstand Unrichtigkeiten enthält. Durch eine Inebriefion eines Berliner Gewerkschaftsblattes, der sogenannten „Einigkeit“, wurde einiges aus der Konferenz in die Öffentlichkeit gebracht. Ich finde, daß das Wort „Einigkeit“ bitterster Spott ist. (Sehr richtig!) Wenn man loyal verfahren wollte, dann müßte man, da ja aus dem Protokoll unzweideutig hervorgeht, daß der Parteivorstand an der Konferenz nicht beteiligt war, erst sich überlegen, ob die Stellung des Parteivorstandes richtig wiedergegeben worden war, und dann hätte man ja gegebenenfalls tun können, was man wollte. Aber ich muß erklären: Die Veröffentlichung war ein Treubruch schändlicher Art. Allerdings beharrte ich auch hier das Dichterswort von der „Kraft, die das Böse will und das Gute schafft“. Die Absicht des Blattes mit seinen tendenziösen Enthüllungen ist vollständig ins Wasser gefallen. Aber ich muß mein Bedauern ausdrücken, daß ein Teil der Parteipresse unbedenken als richtig angenommen hat, was dem Parteivorstand in jener tendenziösen Darstellung unterzogen worden ist. Wenn das wahr gewesen wäre, was uns da unterzogen worden ist, dann wäre es nichts mehr und nichts weniger als Parteiverrat gewesen. Kann man sich etwas Unhöflicheres denken, als daß eine Parteibehörde wenige Monate, nachdem ein förmlicher Parteitag mit erheblicher Mehrheit gefaßt worden war, diesen umstoßen sollte. Nicht nur das, sondern daß sogar derselbe Mann, der die Annahme der Resolution durchgesetzt hat, nach wenigen Monaten alles preisgibt, was er vor wenigen Monaten feierlich vor der Partei und der ganzen Welt verkündet hat! Durften die Parteizeitungen nach 46 Jahren Dienstes in der Partei mit so übermäßigem Mißtrauen entgegenbringen? Durften Parteigenossen mit solch Gelotie und Uebertracht zutragen? (Lebh. Zustimmung.) Was hat das ja nicht alteriert; denn bald mußte ja die ganze Sache ans Licht kommen. Aber zunächst war der Parteivorstand in einer üblen Lage. Inmitten der bestigsten Angriffe war er durch den Beschluß der Geheimhaltung zum Stillhalten gezwungen. Uebrigens wuchs in den Kreisen der Parteigenossen und wohl auch bei den Gewerkschaftlern die Unzufriedenheit über die Geheimtuerlei immer mehr. Alle instanzgemässen Mittel, die Veröffentlichung herbeizuführen waren erschöpft. In äußerster Not, von allen Seiten gedrängt, entschloß er sich zu seinem Schritt, über dessen Bedenklichkeit er sich in langen Beratungen vollkommen klar geworden war. Ich verhehe vollkommen, daß gleichwohl die Generalkommission aufs äußerste erbittert war. Aber ich bitte die Mitglieder der Generalkommission, die doch auch Parteigenossen sind, sich zu fragen, was sie denn an unserer Stelle getan hätten. Der Schaden, der durch längeres Schweigen angerichtet worden wäre, wäre unvergleichlich größer gewesen als der Schaden der Veröffentlichung. Die Besprechungen mit der Generalkommission waren so völlig unverbindlich, daß sich der Parteivorstand nicht einmal verständigte, was wir dort sagen wollten. Reinelei-Bündnisse Abmachungen sollten getroffen werden. Ich sprach eine Stunde — meine Kollegen im Vorlande sagten es sei mehr gewesen (Seiterkeit). — und Silber Schmidt gab es auf fünfviertel Drüdsitzen wieder. Nun sage ich aber in einer einstündigen Rede mehr, als sich auf fünfviertel Seiten wiedergeben läßt. (Sehr wahr! Seiterkeit.) Ich leste in meiner Rede ausführlich aus, daß im Augenblick, im Frühjahr dieses Jahres, unter keinen Umständen an einen Generalstreik zu denken war, weil uns unrettbar eine glänzende Niederlage bevorstand hätte. Ein Generalstreik in Preußen ist ja etwas ganz anderes, als ein Generalstreik in jedem anderen Lande der Welt. Die Gewalten, die uns gegenüberstehen, Königtum, Junkertum und Industriebarone, in ihrer starken Organisation, während sich jeder Versuch des Generalstreiks die brutalsten und rücksichtslosesten Mittel anwenden, die wir nicht aushalten könnten, solange wir nicht viel besser organisiert sind. Unter diesen Umständen wäre ein Versuch gleiches gewesen, und wir hätten die Verantwortung dafür nie übernehmen können. Wohl gibt es im Leben der Völker und Nationen Momente, in denen der Kampf bis aufs äußerste aufgenommen werden muß; selbst mit der sicherer Niederlage vor Augen. Aber ich leugne entschieden, daß das Frühjahr dieses Jahres für die deutsche Sozialdemokratie ein solcher Moment des Kampfes war. (Sehr richtig!) Den Feldherrn, der ohne Not seine Armee, den sicheren Untergang vor Augen, in die Schlacht führt, bewundern man für wahrhaftig tollkühn und binnen 24 Stunden nach Kriegsende erlösen. Und mit Recht! Ich bin überzeugt, dieselben Genossen, die uns jetzt so bitter charakterisieren, weil wir nicht vorgegangen sind, wären die ersten gewesen, uns wegen unserer Unbesonnenheit zu tadeln, wenn wir den Massenstreik proklamiert hätten. (Lebhafte Zustimmung.) — Ich nun diese Vorkommnisse den Gewerkschaftsführern auseinandersetzen, empfinden sie darüber natürlich eine lebhaftige Genugtuung, weil sie darin eine Bekräftigung ihres bisherigen Standpunktes sehen. Und psychologisch erklärlich, haben sie zu weitgehende Schritte daraus gezogen und gemeint, wie hätten den Massenstreik im Grunde ganz aufgegeben. Das war natürlich Wasser auf die Mühlen derer, die behaupteten, den großen Worten in Jena seien gar zu kleine Taten gefolgt. Aber ich habe nicht ein Wort gesagt, das so hätte ausgelegt werden können. Silber Schmidt selbst hat auf der Konferenz anerkannt, daß ich meine Jenaer Rede vollinhaltlich aufrecht erhalten hätte — wenn er mich auch unlogischerweise ein paar Seiten nachher das Gegenteil sagen läßt. Ich habe erst in diesen Tagen kontrollierend meine Jenaer Rede durchgesehen und mich selbst gequembelt, wie korrekt ich mich damals ausgedrückt habe. Wie liegen denn die Dinge heute? Wir haben 400 000 politische Organisten. Selbst wenn sie einmütig an einem Tage die Arbeit einstellen wollten, glauben Sie, daß es eine besondere Wirkung hervorgerufen würde? Nur aus der Situation aber kann die Teilnahme auch der gesamten Gewerkschaftsmitglieder, des ganzen Volkes, herauswachsen. Man hat nun immer und immer wieder auf das Beispiel aller der Länder hingewiesen, in denen der Generalstreik schon stattgefunden hat. Aber selbst inmitten einer höchst revolutionären Periode in Rußland haben im August dieses Jahres, als die Parteileitung mit Zweidrittel-Mehrheit den Generalstreik beschloß, die Arbeiter wegen der Unangenehmheit der augenblicklichen Situation die Gefolgschaft verweigert. Und das in Rußland, und mitten in der russischen Revolution! In einem Kampfe um die primitivsten Menschenrechte! Und die Zustände in Deutschland; mag man an ihnen auch noch so viel auszufügen haben, sind mit den russischen doch nicht zu vergleichen. (Sehr richtig!) Man weiß auf den Kampf unserer Bruderpartei in Oesterreich um allgemeine Wahlrecht hin. Aber Maurerbrecher, ein Mann, der aus dem Boden des historischen Materialismus steht, der fleißigste historische Studien gemacht haben will, überliest bei der Parallele, daß wir das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht längst haben, und die österreichischen Genossen an das Landtagswahlrecht überhaupt noch nicht gedacht haben. Die Generalstreiks in allen anderen Ländern lassen sich aber nach Art und Ziel mit den russischen, den wahrhaft revolutionären, garricht vergleichen. Dazu kommt, daß wir im Falle eines Massenstreiks um das preussische Wahlrecht auf Norddeutschland allein angewiesen wären. Denn über die Möglichkeit eines Sympathiestreiks in Süddeutschland dürfen wir uns doch keinen Illusionen hingeben. Ueberhaupt muß man auf keinem Gebiet so kalt und nüchtern prüfen und sich so sehr vor Illusionen hüten wie auf dem des Massenstreiks. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin z. B. nicht der Meinung, daß ein Generalstreik blutig verlaufen muß. Vielleicht ist es an sich überhaupt nicht klug, von dieser Möglichkeit zu sprechen. Aber man kann ja doch die Wirkungen der empörten Massen nicht voraus berechnen. Auf der anderen Seite halte ich es natürlich für einen ganz großen Irrtum, wenn Genosse Dautz und die Mainzer glauben, daß wir gegen Revolutionen auf alle Zeit gefeit seien. Revolutionen werden ja überhaupt nicht von unten gemacht, sondern sind die notwendigen Folgen einer übermächtigen Unterdrückung von oben. (Wissendes Sehr wahr!) Ich kann nicht beweisen, daß einmal in Deutschland es zu einer Revolution kommen wird, das hängt von den Verhältnissen, den Umständen und den daraus hervorgehenden Stimmungen ab. Das sind Dinge, über die man nicht einmal philosophiert, geschweige denn auf dem Parteitage Beschlüsse faßt. Aber das muß ich doch sagen: Wenn Attentate unternommen werden auf das Reichstagswahlrecht, das schon so eingehendste Koalitionsrecht von vorkommernsgewöhnlichen wurde, dann kann garricht mehr die Frage entstehen, ob wir wollen, sondern wir müssen. (Lebhafte Beifall.) Die Freiheit, die wir besitzen, die lassen wir uns nicht nehmen, da wären wir ja elende erbärmliche Kerle. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Es kommen Momente, wo man nicht mehr philosophiert, nicht mehr überlegt, wo wir uns hüten müssen, und wenn wir alleamt auf der Straße bleiben. (Stürmischer Beifall.) Wenn aber der Feind es auf eine solche Situation will ankommen lassen, so mag er

ote Verantwortung übernehmen. Wenn man uns die primitivsten Rechte nehmen will, ohne die eine moderne Arbeiterklasse nicht zu existieren vermag, sind wir gezwungen, koste es was es wolle, alles anzubieten, um dieses Attentat juridisch zu weisen. Und dann würde die gesamte deutsche Arbeiterklasse hinter uns stehen. Ganz anders, wenn es sich erst um die Erwerbung neuer Rechte handelt. Auch in Süddeutschland hat sich das Proletariat das allgemeine Wahlrecht nicht selbst erobert. Das Bürgerturn hat es sich selbst gegeben, und daß dabei auch die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht mitbekamen, war jenen nur eine unangenehme Beigabe. Ebenso wenig verbanden wir das allgemeine Reichstagswahlrecht von 1867 der Laifasschen Agitation. Und um Landtage haben wir uns ja allzulange überhaupt nicht gekümmert. Liebherr wollte das preussische Dreiklassenparlament „verfaulen“ lassen, und ich selbst — warum soll ich nicht selbst meine Dummheiten zugeben? — hielt vor 13 Jahren noch eine dummernde Whilppitta gegen die Beteiligung an der preussischen Landtagswahl und ließ eine gepöfelte Resolution annehmen. Das sind Tatsachen, die können wir nicht aus der Welt schaffen. 56 Jahre besteht in Preußen das Dreiklassensystem, über 50 Jahre war es der Arbeiterschaft gleichgültig, existierte für sie kaum. Und da soll nun mit einem Schläge die Massenstimmung erzeugt werden, welche doch für einen Massenstreik nötig ist? Das wäre ja eine psychologische Ungeheuerlichkeit. Das hätte, einem freien Volke eine Uebernachtung zu vertrauen, welche unentbehrlich ist. Wo kämdest du nicht über die Sachlage? Wägen sich die Gegner über das Gefährnis freuen, wir müssen es offen aussprechen, denn wir wollen ja keine Zukunftsmusik treiben, sondern mit den realen Tatsachen rechnen. Darum erkläre ich offen; in der gegebenen Minute sind wir nicht in der Lage, für einen Massenstreik einzutreten. Nun hat man auf Hamburg, Sachsen, Preußen verwiesen. Man sagt, überall sei Stimmung für den Massenstreik vorhanden gewesen, aber überall sei auf Parteivorstand gedrückt worden. Derartige hat auch Silberstein bei der Konferenz gesagt. In Hamburg war, das haben die Verhandlungen des Parteivorstandes ungewandert ergeben, keine Stimmung für den Massenstreik. Dasselbe war auch in Sachsen der Fall. Allerdings war hier, im Gegensatz zu Hamburg, wo sich keine einzige Stimme dafür erhob, eine Minorität innerhalb der Landesvertretung für den Massenstreik. Aber die Mehrheit, und darunter der gesamte Landesvorstand, war dagegen. Wäre aber die Mehrheit anderer Meinung gewesen; dann hätte der Parteivorstand ja garnicht anders gekonnt, als den Willen der Mehrheit zu erfüllen. Und Sie können dem Parteivorstand so viel Pflichtgefühl vertrauen, daß er alles aufgehoben haben würde, um eine inszenierte Schlacht erfolgreich durchzuführen. Soviel Pflichttreue sollten Sie dem Parteivorstand schon vertrauen, sonst täten Sie besser, den jetzigen Parteivorstand lieber heute als morgen zum Teufel zu sagen. Aber es ist auch nicht wahr, daß wir in Preußen eine nennenswerte Neigung zum Massenstreik gefunden haben. Nicht von einer Seite, nicht von einer einzigen Organisation sind an uns Anregungen herangekommen. Von alledem haben wir nichts gehört und gesehen. Alle Schritte, welche wir bei jeder Gelegenheit taten, sind im Einverständnis mit den preussischen Vertretern und mit der preussischen Parteileitung geschehen. Nun bin ich, Parteigenosse, über eine Reihe von Preußenerungen sehr erstaunt, weil in ihnen bekauptet wird, daß ein erheblicher Teil der preussischen Genossen für den Massenstreik Stimmung gemacht habe; nur dieser elende Parteivorstand war zu seltsam zu superkol. (Heiterkeit.) So ähnlich heißt es in diesen Preußenerungen: Da hat ja auch Genosse Stamps in seinem Artikel in der „Neuen Zeit“ geschrieben, daß es zur Einleitung nur eines Anstoßes bedürfte. Aber bedenkt man denn nicht, daß wir eine demokratische Partei sind, daß wir nicht eine hohe Staatsregierung mit Allwissenheit sind? Ich möchte die Parteiregierung sehen, welche sich den Stimmungen und Verhältnissen, wenn sie dazu drängen, entgegenstellen könnte. Wir haben von dem Vorwärtsstreben der Massen nichts gespürt. Wenn die Massen in der Berammlung Befehl klatschen, dann ist noch lange keine Stimmung für den Massenstreik daraus zu folgern: Die Darlegung Stamps sind durchaus irrtümlich, sie mögen aus der christlichen Uebersetzung des Schreibens, an der ich durchaus nicht zweifle, entsprungen sein, aber es fehlt ihm der Kontakt mit den Massen. Man hat uns ja wegen unserer Petition an das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus den Vorwurf gemacht, daß wir dieselbe mit den üblichen Förmlichkeiten, Hochachtungswort und ergebenheit unterzeichnet haben. Darüber entstand große Enttäuschung, man machte es zu einem Kardinalpunkt. (Heiterkeit.) Meinere Sie, daß wir, wenn wir „Hochachtungswort, ergebenheit“ an das Herrenhaus schreiben, diese furchtsamen Gesühle wirklich haben? (Heiterkeit.) Wir haben damit nur einen reinen Förmlichkeitsakt begangen. Ich bin überzeugt, daß schon der eine oder andere von einem Parteigenossen unter Förmlichkeitsfloskeln geschrieben hat, die mit seinen inneren Gefühlen im Widerspruch standen. (Stürmische Heiterkeit.) Uns aber daraus einen Strich drehen zu wollen, ist Kleinlich. Dann muß ich mich gegen die politische Auffassung des Genossen Maurenbrecher wenden. Ich mache keinen Hehl, daß ich es war, der anregte, Maurenbrecher in der Parteischule das Lehrtuch der Geschichte anzuzweifeln. Ich glaube, eine gute Erwörung für die Partei damit zu machen. Wenn ich keinen Artikel in der „Neuen Gesellschaft“ schon gekannt hätte, würde ich mir den Schritt wohl überlegt haben. Nicht deshalb, weil er zum Parteivorstand in Opposition getreten ist. Er kann schreiben, was er will, aber es muß Hand und Fuß haben. Wenn ein Quartaner so geschrieben hätte, würde ich es begreifen, aber nicht von einem gereiften Manne. Er sonst sarkastische Kraftlosigkeit in der Aktion der Partei gegenüber unseren Worten. Er will Latenz sehen usw. Diese Ausführungen sind die vollendetste Absurdität. (Sehr richtig.) Es ist nicht wahr, was der Artikel sagt, daß in der Partei ein Pessimismus herrscht. Wie kam ein Historiker von einer Partei, die in der Minorität ist, die sich im Gegenjag zum Staatsorganismus befindet, verlangen, sie müsse Ergebnisse haben? Ich freue mich über diese Latenz des Genossen Maurenbrecher. Er ist ja erst 3 Jahre in der Partei. Das soll kein Vorwurf sein. Aber jetzt schon sagen zu wollen, wir müßten Erfolge haben, sonst sind wir verloren, das ist ein kindliches Verlangen, unverständlich von einem Manne, der bis an die Kehle mit Wissen vollgepreßt ist. Wir arbeiten schon ein Menschenalter in der Partei und halten die Sache noch nicht für verloren. Haben wir das Vertrauen der Massen verloren? Die Erfolge bei den Reichstags, Landtags und Gemeindevorwahlen beweisen das Gegenteil, ebenso unsere Fortschritte in der Organisation. Parteigenossen! Es denkt niemand daran, zu bremsen oder von den Jenaer Beschlüssen abzugehen. Man hat uns Deutschen unsere Bedachtsamkeit vorgeworfen, man hat uns mit dem östereichischen Landkorps verglichen. Aber Parteigenossen, ehe wir uns auf eine große Aufgabe einlassen, müssen wir organisieren und agitieren und die Massen für den Massenstreik vorbereiten. Im Namen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission kann ich erklären, daß wir auf dem Boden stehen, daß gegebenenfalls der Massenstreik eine Notwendigkeit ist. Aber wir lassen uns nicht in den Massenstreik hineinziehen, wir betrachten ihn als Ultimo ratio, als ein Kampfmittel, das vor allem Kraft, Energie und Disziplin erfordert. Und das können wir im Augenblick, wo wir die nötigen Organisationen noch nicht haben, nicht riskieren. Wir müssen darauf hinarbeiten, und die von Jena ausgehenden Anregungen haben uns schon manchen Schritt vorwärts gebracht. Man hat mir selbst ein Schwanken in der Frage des Massenstreiks vorgeworfen. Ich soll mich in Bremen gegen den Massenstreik erklärt haben. Aber ich habe in Bremen garnichts darüber gesagt und hatte acht Wochen vorher in Amsterdam für die Roland-Hollische Massenstreikresolution gestimmt.

tion mag gegen eine widerstrebende Mehrheit des Parteivorstandes stärken und stärken zu müssen. Aber wir im Parteivorstand sind uns vollkommen einig. Ich bitte Sie auch, die Müllhäuser Resolution abzulehnen, die die Proklamierung des Generalstreiks für den Fall verlangt, daß Deutschland in Rußland gegen die Revolution interveniere. Aber dieser Schritt ist ja undenkbar, unmöglich! Gewiß stehen der Kaiser, Fürst Bülow, alle Reaktionskräfte, die Bourgeoisie mit ihrem Herzen auf Seiten des Jaren und der russischen Regierung, und wünschen, daß es ihnen gelingen möge, die russische Revolution niederzuschlagen. Aber vom Wunsch bis zur Tat ist ein gewaltiger Schritt. Die Erfahrungen von 1702 ermuntern nicht gerade, und heute hätte Preußen eine Weltkoalition nicht mit sich, sondern gegen sich. Deutschland würde mit einer Intervention in Rußland einen Weltkrieg entfesseln, von dessen unabsehbaren Folgen die entscheidenden Stellen doch zurückzuführen dürften. Und was wäre ein solcher Streit anderes, als der anarchische Lieblingsspiel des Massenstreiks zu Gunsten des Friedens im Kriegsfalle. Und wer glaubt an dessen Möglichkeit in einer Zeit höchster politischer Aufregung, die die Massen bis in die tiefsten Tiefen aufrüttelt und das ungeheure Elend eines großen Krieges vor aller Augen stellt? Eine ungeheure kindische Idee. Vom Moment der Kriegserklärung an stehen fünf Millionen deutscher Männer unter den Waffen und wir alle unter dem Kriegsrecht. Wahrscheinlich werden ohnedies, wie 1870, die Führer der Partei im Kriegsfalle in Sicherheit gebracht werden. Ich finde es im Falle eines solchen Massenstreiks auch ungreiflich, wenn unsere Gegner Nachsicht üben würden. Bei uns ist eben alles anders wie bei allen anderen Völkern. Wir haben einen Staat, wie er nicht zum zweiten Male in der Welt existiert. Das mögen die oben als Schmeißel ansehen, aber wir müssen diese Wahrheit erkennen und danach unser Handeln einrichten. Ich bin zu Ende, ich wiederhole meine Bitte: Lehnen Sie alle Anträge ab und nehmen Sie nur den unseren an. Er ist der einzige Weg, auf dem die Partei ihren Weg siegreich verfolgen kann. (Beifall.) Die Aenderungen in der Resolution Bebel lauten: in II Streichung des Wortes „Organisation“, sodaß es heißt: „Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung“ usw.; weiter wird das Wort „Ärzten“ gestrichen, und der Schlußsatz: „der Einleitung“ usw.

Von Bebel liegt folgender Antrag vor:

Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluss zum politischen Massenstreik, der mit der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht.

Außerdem ist von Karl Rautsky und 32 Genossen folgender Antrag eingegeben:

„1. In der Resolution Bebel im zweiten Teil, dritte Zeile von oben statt: „Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück“ zu sagen: „Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei.“

2. An den Schluss der Resolution folgenden Passus anzuschließen: „Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaften zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Kampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaften von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen. Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Kampfes, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist.“

Es erhält nun das Wort als Korreferent der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands:

Reichstagsabgeordneter Karl Bebel: Die unangenehme Situation, mit deren Schilderung Bebel begann, hat sich der Parteivorstand selbst zuzuschreiben. Er hat sich selbst hineingetragen, und das Auskunftsmitglied, auf das er verfallen ist, scheint uns wenig empfehlenswert und dürfte dem Parteitag noch einmal unangenehm in Erinnerung kommen. Der Parteivorstand hat sich beim Protokoll garnicht von eigenen Uebersetzungen bestimmen, sondern sich von der Redaktion des „Vorwärts“ drängen lassen. Ueberhaupt läßt sich leider der Parteivorstand übermäßig viel von den Berliner Parteipersonen und -Verredungen beeinflussen. Das darf nicht sein, der Parteivorstand muß über der Redaktion des „Vorwärts“ und den Berliner Organisationsstellen stehen. Der Brief aber, in dem der Parteivorstand um das Recht der Veröffentlichung ersucht, stand am Morgen, bevor ich ihn bekam, öffentlich im „Vorwärts“. War das notwendig, sich so auf die Veröffentlichung zu beziehen, was das klug? Mit Recht hatte der „Vorwärts“ die erste Veröffentlichung der „Einigkeit“ eine Infamie genannt. Die lokalistischen Gewerkschaften gehören überhaupt nicht zur Sozialdemokratie, sind unsere politischen Gegner genau so wie die Konservativen oder das Zentrum. (Beifall bei den Gewerkschaftlern. Widerspruch.) Ich werde es auch sofort beweisen, Genossen von Berlin! Auf ihrem letzten Kongress haben die Lokalkomitees die Forderung „engen Zusammenwirkens mit der Sozialdemokratie“ in ihren alten Statuten gestrichen und dafür das Erfordernis „Massenämperlicher Bestimmung“ eingesetzt, um den Anarchisten freien Spielraum zu gewähren. Das hat auch Dr. Michels, ein Freund dieser „wahrhaft revolutionären Sozialisten“, im „Archiv für Sozialwissenschaft“ offen erklärt. Damit haben sich die Lokalkomitees selbst außerhalb der Partei gestellt. Sie sind unsere Feinde, und doppelt gefährliche Feinde, weil sie für unsere Freunde ausgehen. (Beifall.) Durfte uns eine Indistretion von dieser Seite zur Preisgabe vertraulicher Verhandlungen zwingen? Die Anarchisten halten andere Teile für wichtiger. Sie haben den Teil des Protokolls veröffentlicht, der gerade am wenigsten hätte veröffentlicht werden dürfen, über die Möglichkeit einer Umkehr der großen Unternehmerrückstellungen, ein Teil der zu dem Schluß gelangt, daß wir noch nicht genügend stark zum Widerstand sind. Wohin soll das führen? Aber die Spannung, die dazu führte, hat der Parteivorstand unter dem Einfluß der „Vorwärts“-Redaktion selbst erst geschaffen. Wenn der Parteivorstand nach der Publikation der „Einigkeit“ eine kurze Erklärung erlassen hätte, daß in dem Protokoll nichts, garnichts gegen die Partei, gegen die Sozialdemokratie stehe, hätte das den Genossen nicht genügt? Aber es fehlt eben bei dem Parteivorstand an Einheitlichkeit und Geschlossenheit, er unterliegt dem übermäßigen Einfluß einiger Berliner Gruppen und der „Vorwärts“-Redaktion. (Beifall und Widerspruch.) Statt dieser kurzen Erklärung veröffentlicht: Bebel im „Vorwärts“ eine Notiz, Silbersteins Wiederbekämpfung der Willensschwäche, sehr stark entstellend. Wozu er nicht, daß er damit den Widerspruch der Generalkommission wecken mußte? Es ist nicht wahr, daß Bebel irgend welche andere Formulierungen vorgelegt hat. Nur Silbersteins Sätze lagen als einziges Schriftstück vor. Sie wurden vorgelesen, abgeändert, wieder vorgelesen, und Bebel selbst hat ihnen zugestimmt. (Bebel: Das ist ja nicht wahr!) So zeigen Sie uns doch, was Sie Schriftliches vorgelegt haben! Silbersteins These sollten gar keine Wiederbekämpfung der Willensschwäche sein, sondern eine Niederlegung der Uebersetzung der Teilnehmer, für die wir alle einstehen. Bebel hätte gar kein Recht, diese Niederschrift öffentlich so anzugreifen. (Bebel: Da hört doch aber alles auf!) ohne sich vorher mit dem Parteivorstand verständigt zu haben. (Bebel: Ist ja gegeben!) Aber erst später! Unter der ersten Erklärung steht nur Bebel's Name! Auch die übrigen Ausstellungen Bebel's am Bericht Silbersteins sind durchaus unbegründet: der Bericht ist vollständig korrekt. Es trifft auch zu, daß zwar nicht Bebel, wohl aber ein anderes Mitglied des Parteivorstandes, nämlich Wernikow, von Strömungen sprach, die auf Anwendung des Massenstreiks drängen wollen. Und ich glaube das weil ich z. B. in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ vom 4. Dezember vorigen Jahres gelesen habe: „Unter dem Blitzen der Vollzeithäufigkeit der Schrei: „Recht kommt der Massenstreik! Und das ist keine leere Drohung. Die Massen der Arbeiter brechen nach dem Lösungswort.“ Diese Strömungen sollten den Grund für die gemeinsame Bekämpfung von Parteivorstand und Generalkommission bilden; und ich möchte hierbei und bei vielen anderen Gelegenheiten hat sich die Generalkommission als verhandlungsunfähig und vertragsunfähig ausgesprochen.“ (Beifall bei den Gewerkschaftlern.) — Nun zur Frage des Massenstreiks selbst, mit der diese Auseinandersetzung ja sehr wenig zu tun hat. Wenn es noch irgend eines Beweises bedürft hätte, daß es unpraktisch ist, wenn die Partei irgend ein von Belieben umgeben, von vornherein das Mittel bestimmen will, das im gegebenen Moment angewendet werden soll, so hätten diesen Beweis die Vorgänge geliefert, die wir seit Jena erlebt haben. Die Anarchoiden haben die Jenaer Resolution als „Vorschlagsabgabe“ angesehen und danach die Partei weiterzugeben gesucht bis auf den jüngsten Wint an Bebel;

„proletarier, agiert au, eure z-troumen: wer aber, denen die wertige Partei seit Jahrzehnten beigebracht hatte, daß der Generalstreik Generalamunition sei, wir könnten nicht plötzlich unsere ganzen Traditionen umlernen. Wir könnten den Unterschied zwischen den verschiedenen Arten des Generalstreiks nicht recht einsehen, und sie begreifen, warum man die Konsequenz, die sich nachher aus dem Generalamunition ergibt, nicht vorher sehen soll. Jahrzehnte lang haben wir gelernt, daß man heute nicht die revolutionäre Maxime: Der Gewalt von oben, Gewalt von unten entgegenzusetzen, nicht mehr folgen dürfte, daß sich mit Gewaltalten die soziale Frage nicht lösen lasse. Was wir in langer Zeit gelernt und erlernt, das lassen wir nicht plötzlich über den Haufen werfen. (Zuruf: Warum denn nicht?) Nicht jeder kann seine Meinung so rasch ändern. Aber ich kann mir ja denken, wie man plötzlich zu dieser Begeisterung für den politischen Massenstreik kam. Man argerte sich nach 1903, daß man trotz der großen Stimmengahl keinen entscheidenden Einfluß hatte; dazu kam die russische Revolution und die Anwendung des „neuen Kampfmittels“ in den verschiedenen Ländern, die sich mit Deutschland allemal nicht vergleichen lassen. J. W. der schwedische Generalstreik; drei Tage lang in ein paar großen Industriellen die Arbeit niederzulegen, das machen wir alle Tage nach mit unseren großen Gewerkschaften. Aber mit Recht haben alle Theoretiker des Generalstreiks in der letzten Zeit nachgewiesen, daß in Deutschland der Generalstreik ein rückwärtsloser Kampf um die Erhaltung der herrschenden Klassen und ihrer ganzen Vorrechte sein werde. Und selbst in Oesterreich sind unsere Genossen einstimmig der Ansicht, daß, wenn es bei ihnen zum Generalstreik kommt, auch Blutvergießen ihnen nicht erspart würde. Und das, obwohl sie das Recht auf die Straße haben, das wir uns auch erst durch blutige Demonstrationen erobern müssen. Ich stimme mit Bebel vollkommen darin überein, daß wir nicht sagen können, daß wir nun in eine revolutionäre Periode hineinkommen werden. Aber dann in wirklich revolutionärer Zeit ist die Entscheidung sehr rasch zu treffen. Dann entscheiden die Massen auch ohne und auch gegen die Führer. Dann gibt es keinen Beschluss über den politischen Massenstreik mehr, denn ist er da, denn während der Revolution bleiben die Arbeiter natürlich auch nicht in den Fabriken. Aber man glaubt ja jetzt vielfach, es liegen sich mit Hilfe des Generalstreiks bestimmte politische Ziele auch ohne Revolution erreichen. Wie sollte das geschehen, entweder müssen wir durch den Generalstreik das Staatsgewalt lähmen oder demonstrieren. Man läßt sich ja in einer ganzen Reihe von Industrien die Arbeitseinstellung schon jetzt durchführen, aber gerade im Transportgewerbe und teilweise auch im Nahrungsmittelgewerbe kann davon nicht die Rede sein. In den anderen großen Industrien lassen ja aber schon jetzt die Unternehmer wochenlang die Betriebe stillstehen. Anders wäre es ja in der Wirkung, wenn Hunderttausende sich auf die Straße stellen und sagen: wir können nicht anders. Aber gerade das will ja Bebel nicht. Und dann wäre es auch mit Parteitagebeschlüssen nicht abgetan. Als letztes äußerstes Mittel erkennen wir alle die umfassende Arbeitseinstellung an. Aber dann müssen wir uns eben auch mit Blut das Recht auf die Straße erkämpfen und dürfen nicht ruhig im Dachstammchen sitzen bleiben. Vorher aber taucht dann doch immer die Frage auf: Ist das Objekt des großen Opfers wert, das wir werden bringen müssen? Die lange vorherige Diskussion des Generalstreiks aber ist von Bebel; nicht als ob ich fürchte, daß durch sie einmal die Massen gegen den Willen der Parteiführer in den Massenstreik hineingezogen werden könnten, aber weil die Masse nachher enttäuscht ist, wenn bei wichtigen Aktionen die entscheidende Parole nicht ausgegeben wird und das Vertrauen zur Leitung verliert.

Das sind die leitenden Gesichtspunkte, die den Gewerkschaftskongress bei seiner Beschlussfassung bestimmt haben. Er hatte das Recht und die Pflicht, über den Massenstreik zu entscheiden, denn bei seiner Ausübung sind die Gewerkschaften doch das wichtigste Organ. Die Ereignisse der letzten Monate haben Ihnen nun wohl gezeigt, wohin es führt, wenn in den Gewerkschaften der Massenstreikgebundene Wurzeln fast. Die massenstreiklerischen Gewerkschaften sind in der ganzen Welt auch die antiparlamentarischen. Lob und Dankbarkeit hätte deshalb der Gewerkschaftskongress für seine Stellungnahme gerade von der Partei, und Gewerkschaftspressen ernten sollen; das hätte der Partei heftige und schädliche Auseinandersetzungen erspart. Was soll sich denn ergeben aus diesen ganzen Erörterungen in Bezug auf die Möglichkeit des Massenstreiks? Sie zwingen uns, trotz unseres Widerstrebens zu diskutieren, d. h. zu erörtern, ob das Mittel anwendbar ist oder nicht. Und damit zwingen Sie uns unsere eigene Schwäche klarzulegen. Jetzt haben wir aller Welt gezeigt, wie schlecht es mit unserer Organisation nach bestellt ist, wie schlecht wir in der gegenwärtigen Situation in der Lage sind, dieses Kampfmittel anzuwenden. Ist das uns, ist das der Partei dienlich? Das verdanken Sie aber der Diskussion über den politischen Massenstreik. (Bewegung.) Aber trotzdem hat man uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir keine Diskussion nicht empfohlen haben. Nun, heute haben sich leider die Dinge so gestaltet, daß an der ganzen Sache nichts mehr zu verderben ist. Heute wissen die Gegner nach der Debatte über den politischen Massenstreik ganz genau, uns einzuschlagen, wissen, daß sie in der gegenwärtigen Situation nichts zu fürchten haben. Was es wirklich ein Verbrechen, das verhindern zu wollen? (Sehr gut! bei den Gewerkschaftlern.) Das hätten die Leute, die den Gewerkschaftskongress Fortschritt vorzuwerfen wagten, sich einmal klar machen sollen. Aber trotzdem: Auch die Jenaer Resolution hat nicht mit einer Silbe die Propagierung des Massenstreiks empfohlen. In ihrer prinzipiellen Auffassung stimmt die Kölner Resolution mit ihr und der Amsterdamer vollkommen überein. Nur gegen den einen Satz in der Resolution, der den politischen Massenstreik als Kampfmittel festlegt, haben wir uns gewandt. Jetzt namentlich nach der überaus vernünftigen Haltung, die der „Vorwärts“ unserer Zentralorganen, in seinen letzten Artikeln zum Massenstreik eingenommen hat, sind wir uns ja über die Anwendbarkeit des Kampfmittels ganz einig. (Heiterkeit und Beifall.) Wir wollen nur den Saft vermeiden, als ob es schon in vier Wochen losginge. (Zuruf: Hat ja niemand gesagt!) Ah, wenn Sie die „Leipziger Volkszeitung“ nach Jena lasen, sah es wirklich so aus. (Widerpruch.) Täuscht euch doch nicht selber! Ich will nicht jitzieren, das hat keinen Zweck, und man kann ja immer jitzieren, wie man will. Aber wir haben doch auch Verständnis und Empfindung, als ob es sofort losgehen sollte. Aber heute ist ja alles erklärt, heute brauchen wir eine Aenderung der Jenaer Resolution nicht mehr zu beantragen, heute wäre die Streichung des bewussten Satzes — der den Anarchoiden ausliefe den Massenstreik als Kampfmittel festsetzt — ganz überflüssig. Etwas anderes muß geschehen; es muß hier auf dem Parteitag zum Ausdruck kommen, daß eine Einheitlichkeit in der Auffassung dieses Kampfmittels besteht. Am liebsten hätten wir diese Diskussion vermeiden, weil wir vermeiden wollten, unsere Schwäche vor aller Welt zu dokumentieren. Nachdem aber von anderer Seite ohne unser Zutun genugsam vor aller Welt gezeigt worden ist, wie schwach wir sind, hätten wir keine Veranlassung zu schwächen. Ich glaube, daß Sie die Resolution Bebel mit meinem Amendement annehmen können, und ich hoffe, daß auch Bebel und der Parteivorstand, die seine Resolution vorbereitet haben, dafür stimmen können. Parteigenossen, wir sind doch zugleich Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Wie sollten wir uns da teilen können? Ich bin doch nur ein Mensch, mit einem Gehirne und einem Mund, allerdings mit zwei Ohren, welche hören, was von beiden Seiten in sie hineinspricht, wenn auch von beiden Seiten losgehauen wird. Innerliche Differenzen bestehen nicht zwischen Partei und Gewerkschaften. Wir sind uns alle einig, daß im gegebenen Moment alle Mittel angewendet werden müssen. Die Konferenz hat ja auch keinen Zweifel gelassen; kommt der Massenstreik zur Anwendung, dann müssen die Gewerkschaften an der vordersten Stelle stehen. Wir stimmen also in der Auffassung über die Anwendbarkeit dieses Kampfmittels überein. Handelt es sich um die Vertiefung der heilighen Rechte des Proletariats, dann sind wir eins und dann werden wir auch mit Hilfe unserer Geschlossenheit zum Ziele gelangen. (Beifall.)

Die Gewerkschaftsführer, die nach Bebel sprachen, bemühten sich der Reihe nach darum, das Vorurteil zu zerstreuen, sie beachteten, im Gegensatz zur Parteipolitik eine besondere Gewerkschaftspolitik zu betreiben. Am unabweislichsten brachte das Genosse K. Schmidt + Berlin, der Mitglied der Generalkommission ist, zum Ausdruck, indem er, als selbstverständlich bezeichnete, daß im Falle seines Ausbruches die Gewerkschaften dabei aber mitzumachen hätten.

Alle nachfolgenden Redner, die in den Gewerkschaften leitende Stellen inne haben, stellten sich ohne Einschränkung auf denselben Standpunkt.

Eine Dosis Resolutionsphantasie, die wir für Deutsch-



# Beilage zu Nr. 40 des Textil = Arbeiters.

Chemnitz, Freitag den 5. Oktober 1906.

## Die Tuchindustrie im Aachener Bezirk.

(Ein historischer Rückblick.)

V.

Bei den Schwierigkeiten, welche den Fabrikanten unausgeseht durch die in wie ausländischen Konkurrenten bereitet wurden, war am schwersten für sie aufrecht zu erhalten — die geschäftliche Moral. Am nächsten liegt die Gefahr ihrer Ueberziehung bei kapitalarmen Anfängern, welche unter allen Umständen rasch umgehen müssen, um Geld in die Finger zu bekommen. Bei den großen Firmen, die meistens die sichereren Exportplätze ihr eigen nennen, kommt dies seltener vor, bei diesen Firmen genügt öfter schon die Marke, um ihre Waren überall verkäuflich zu machen. Es ist sogar in Aachen, Hamburg, Bremen und anderen Städten von Firmen, welche ihre Waren von Aachener Kleinfabrikanten bezogen, geäußert worden, Aachener Fabrikate auf Lager zu haben, so weit hat man damals mit der „Qualität“ Schindluder getrieben. So lehren bei beiden Klassen der Gewerbetreibenden die gleichen Vorwürfe, nur unter anderer Form, wieder: Der Mangel an Fachbildung und an geschäftlicher Moral. Dem Fabrikanten wie dem Arbeiterstande fehlt es noch in vielen Fällen an einer rühmlichen Ueberlieferung in dieser Hinsicht und beide sollten ihre Aufgabe nicht darin sehen, sich gegenseitig zu beschimpfen — wie es namentlich die Fabrikanten tun —, sondern durch strenge Selbstzucht sich gegenseitig Achtung abzurufen. Trotz seiner zahlreichen Mängel ist der Aachener Fabrikanten- und Arbeiterstand lange nicht der schlimmsten einer.

Die von ihm geleitete Industrie hat seit altersher eine ehrenvolle Rolle auf dem Weltmarkt gespielt, und ihr damaliges Darniederliegen hat seinen Grund weniger in den Persönlichkeiten und deren Eigenschaften, obwohl diese ja mitwirkend sind, als vielmehr in den Konjunkturen, welche, der lokalen Beeinflussung entzogen, die Menschen in ihren Strudel gerissen haben. Die Kriegsjahre 1870/71 hatten eine ganz veränderte Situation hervorgebracht. Frankreich verlor von seinen vier großen Fabrikplätzen Sedan, Elboeuf, Carcassonne und Bischweiler, den letzteren sogar ganz, infolgedessen Frankreichs Konkurrenz nicht zu fürchten war. Gleichzeitig stieg die Nachfrage in Deutschland, in der ganzen Welt, und nun nahm auch die Tuchindustrie des Aachener Bezirks einen niegeahnten Aufschwung, welcher gleich anfangs besonnene Leute mit Besorgnis erfüllte. In Aachen und Burtscheid produzierten im Jahre 1871 80 größere Tuchfabriken mit ebenso vielen Dampfmaschinen von 3000 Pferdekraften bei 10 000 Arbeitern; etwa 200 000 Stück Tuch im Werte von 36 Millionen Mark. Außer den größeren Betrieben gab es noch eine Menge kleinerer Tuchwebereien, da viele Kommiss die Zeit gekommen glaubten, selbständig werden zu können; ihr Betriebssystem war infolge des Kapitalmangels das häuslich-industrielle, manche mieteten sich auch Raum und Kraft in Fabriken oder ließen einige Teilarbeiten gegen Lohn ausführen; jeder, der nur konnte, produzierte. Selbst für eine dezent gestiegerte Produktion fand sich noch Absatz. Die Aachener Industrie arbeitete mit fast allen Ländern der Erde, wo überhaupt Tuche getragen wurden und wo nicht unüberwindliche Zollschranken den Import hemmten. Das Glück wollte es auch, daß gerade damals die glatten Stoffe, eine Stärke Aachens, viel getragen wurden, und, von der Mode wie von der allgemein gesteigerten Nachfrage begünstigt, war die Konkurrenz dieses Artikels auf allen Märkten gestiegen. Die Freude an der Leichtigkeit des Absatzes und dem Steigen der Warenpreise wurde den Tuchfabrikanten aber durch mehrfache Umstände getrübt. Es stiegen vor allem die Arbeitslöhne, die Kohlen- und Wollpreise; dazu trat eine verstärkte innere Konkurrenz, welche einen Druck auf die Preise ausübte. Diese Umstände haben die Fabrikanten bezogen, das Geschäft jener Glanzjahre als nicht so lukrativ zu bezeichnen, wie sie gewünscht hätten; sie sind eben mit den großen Gewinnen, von denen wir später reden werden, noch nicht zufrieden. Ihren Höhepunkt erreichte die Kunst der Verhältnisse in den Jahren 1872/73.

Schwierig, und zwar doppelt schwierig wurde die Lage von dem Augenblicke an, als die beiden Ursachen des Glanzes der Industrie: die Steigerung der Nachfrage und die Kunst der Mode, gleichzeitig nachließen und dadurch eine andauernde Krise hervorriefen. Vor allem stocete schon Ende 1873 der Absatz nach Nordamerika, wo die Finanz- und Handelskrisis sich fühlbar machte. In ununterbrochenem Aufschwunge hatte der Export von Tüchern und Buckskins aus dem Bezirke Aachen dort hin in den Jahren 1868—1872 betragen in Millionen Mark:

1868	1869	1870	1871	1872
3,8	4,1	5,3	7,7	8,4

Im Jahre 1873 begann ein rasches Sinken, welches 1877 noch nicht sein Ende erreicht hatte.

1873	1874	1875	1876	1877
6,1 Mill.	4,3	4,2	2,6	2,5

Auf den Absatz einzelner Stoffe, wie z. B. der schweren Winterstoffe, übte die in den Jahren 1872/73 herrschende milde Winterwitterung einen nachteiligen Einfluß aus und ließ auch für die folgenden Jahre große Vorräte dieser Waren in den ersten und zweiten Händen zurück. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung wurde der Wechsel der Mode, wie er sich im Jahre 1873 vollzog. Glatte Stoffe, die Stärke Aachens, wurden in Deutschland und Nordamerika nicht mehr getragen, und fassionierte Tücher, Rammgarn- und Phantasiestoffe wurden modern. Dieser Umschwung hatte auf die alten großen Firmen, welche feste Abnehmer in Südamerika und anderen überseeischen Ländern hatten, einen geringeren Einfluß, als auf die kleinen Häuser. Unter ihnen entspann sich um das eingeeingte Absatzgebiet ein Kampf auf Tod und Leben, manche Fabrikanten mußten ihre Tätigkeit ganz einstellen, andere gingen mit großen Kosten zur Fabrikation von Rammgarnstoffen über, wobei sie ihre gesamte Spinnerei und Appretur stilllegten, ihre Webstühle verändern, ihre Gesamtunkosten durch Ausgaben für neue Muster und das Verleihen neuer Absatzgebiete vermehren und in mächtige Konkurrenz mit England und Frankreich treten mußten. Der allgemeine Aufschwung der Gewerbe hatte auch den Spinnereien Veranlassung gegeben, die bestehenden Fabrikanstalten teilweise auszubauen und neue zu gründen. Infolgedessen wurde in kurzer Zeit eine bedeutende Produktion erzielt, daß der Garnkonsum weit hinter dem Angebot zurückblieb und sich Garnvorräte massenhaft anhäuften. Vergrößert wurde die Bedrängnis der Streichgarnspinnereien noch dadurch, daß infolge des Wobewechsels sich die Nachfrage von ihrem Gespinnste ab- und den Rammgarnspinnereien zuwandte. Schon im Jahre 1872 war kaum die Hälfte der vorhandenen Spindeln in Betrieb; andere Fabrikanten dagegen arbeiteten ohne Rücksicht auf den wirklichen Konsum immer fort, um ihre Maschinen voll auszunutzen. Hierdurch wurde aber die schon vorhandene Ueberproduktion nur noch vergrößert und die Preise noch mehr gedrückt. Dazu kam noch, daß die belgische Konkurrenz in Streichgarnen so sehr auf Aachens Spinnereien lastete, daß letztere auch nicht einmal mit Verlusten abgehen konnten. Das lag lediglich daran, daß die belgischen Spinner Tag und Nacht mit der fürchterlichsten Ausbeutung der Kräfte der Kinder fortarbeiteten und ihre Ware durch eine stillschweigend wie volkswirtschaftlich nachteilige Produktion zu Spottpreisen lieferten. Das Resultat aller dieser Ursachen ist die Notlage der Industrie, wie sie schlimmer und andauernder nie bestanden hat. Im Stadt- und Landkreis Aachen sind von den größeren Tuchfabriken 8 eingegangen, im Regierungsbezirk Aachen vom 1. April 1871 bis 31. Dezember 1877: 21 Tuchfabriken, 30 Streichgarnspinnereien, 1 Carbonisieranstalt, 1 Lumpensortiererei, 1 Wollwäsche, 1 Kunstwollfabrik, 2 Krahenfabriken usw. In diesen sind die kleinen Webereien und diejenigen Etablissements nicht eingerechnet, welche längere Zeit stillgestanden haben, aber neuerdings von den früheren Eigentümern oder dritten Personen wieder in Betrieb gesetzt worden sind. Und weil ein Unglück selten allein kommt, ruhte auch mangels Aufträge die ganze Bautätigkeit. Von 1873—1877 nahmen die Neubauten für Wohnhäuser von 155 — 206 — 205 — 120 auf 113 und die Bauten für industrielle Zwecke von 18 — 13 — 5 — 4 auf 4 ab. Die Anzahl der jährlich neu anhängig gemachten Fallimente am Handelsgericht zu Aachen nahm in den Jahren 1873—1877 zu von 11 auf 26 — 32 — 49 — 45.

Welche Wirkung hat diese Erschütterung der Industrie auf die Arbeiter gehabt? Die Anzahl der industriellen Arbeiter hatte sich in den letzten Jahren ungemein vermehrt. Die Nachfrage nach Waren stieg ins Unermessliche, und für die Herstellung derselben waren Arbeiter notwendig. Der vorhandene alte Stamm reichte nicht hin; die beschäftigungslosen gelernten Arbeiter fanden sofort Stellung; indes auch diese deckten nicht im entferntesten den Mehrbedarf an „Händen“.

Nun beginnen fortwährend steigende Löhne die Arbeiter aus anderen Gewerben, aus der Landwirtschaft, aus entfernten Gegenden herbeizulocken, es nehmen die „Entführungen“ durch Agenten ihren Anfang. Um eine größere Arbeiterzahl unnötig zu machen, legt man jedem einzelnen eine höhere Leistung auf; um die höheren Löhne zu umgehen, sucht man die billigere Kraft der Maschine anzuwenden, und die Gelegenheit scheint dauernden Erfolg zu versprechen, um in vielen Gewerben vom Handbetrieb zum mechanischen überzugehen und das größere Anlagekapital aufs Spiel zu setzen. Aber trotz alledem hört die Nachfrage nach Arbeitern nicht auf; immer mehr machen die neuen und vergrößerten Betriebe, wenn auch nur halbwegs gelernte, Hilfskräfte für die geringeren Verrichtungen notwendig, und diese ungeübten Leute sind wieder nicht im Stande, sofort volle Arbeitsleistung zu liefern. Frauen werden herangezogen und Kinder, welche die Mutter ungern allein zu Hause läßt; wo es nur irgendwie angeht, in den Tuchfabriken und Spinnereien, sucht man diese billigeren Arbeitskräfte heranzuziehen, da sie mit geringem Aufwande zufriedener sind und nicht so leicht die „Verträge“ brechen. Die Löhne erreichten damals eine ziemliche Höhe; aber man brauchte „Hände“, sei es von Bauern oder Weibern, sei es von Piemontesen oder Rheinländern, von Weibern oder Kindern, was sie leisteten, blieb sich momentan ganz gleich. Man mußte draußlos produzieren, so viel man eben konnte, und verkaufen, was man hatte; denn verkauft wurde alles. Die Arbeitszeit wurde auf 16—17 Stunden verlängert, ja es wurde nachts und sogar Sonntags durchgearbeitet, bis der Arbeiter, zusammensinkend vor Erschöpfung, sich selbst den blauen Montag schuf, da ihm das rastlose Webeschiffchen keine Pause gönnte.

Diese „Unzuverlässigkeit“ der Arbeiter und die Beschränkung der Kinderarbeit, das Steigen der Woll- und Arbeitspreise, sie sind der Tropfen Wermuth in dem Kelch von funkelndem Golde des Tuchfabrikanten. Der Glanzpunkt der Konjunktur ist erreicht. Schon werden auf die Erwerbsart der gleichenden Gewinne unheimlich dunkle Schatten geworfen durch die Klagen über den Mißbrauch der Kinder- und Frauen-, der Nacht- und Sonntagsarbeit, wie sie in den massenhaften Petitionen an den Reichstag 1872 und 1873 ihren Ausdruck finden, und durch die lauten Beschwerden über die mangelnde technische Bildung der Arbeiter, ihre Vertragsbrüche, über Schwinden von Treue und Glauben in der Gesellschaft.

Im Jahre 1873 tritt der Rückschlag ein; die Produktion muß eingeschränkt, die Arbeiterzahl vermindert werden. Jetzt hat der Fabrikant die Wahl und beginnt unter seinem Personal die Auslese zu halten. Zuerst werden die schulpflichtigen Kinder entlassen, ihre Hilfe ist entbehrlich, ihre Leistungen sind gering, die Schwierigkeiten ihrer Annahme, die Kontrolle des Schulbesuchs und die polizeilichen „Schikanen“ mit der Beschränkung der Arbeitszeit und den Pausen so groß, daß sie zu allererst abgestoßen werden. Ihnen folgen die jugendlichen Arbeiter von 14—16 Jahren, welche jetzt leicht durch ebenso billige und leistungsfähigere Erwachsene ersetzt werden können, dann folgen die Frauen und die neu angekommenen ungeselerten Arbeiter.

## Gewerkschaftliche Unterrichtsturse.

Ein glücklicher Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses war der, gewerkschaftliche Unterrichtsturse zur besseren Ausbildung von Gewerkschaftsbeamten ins Leben zu rufen. Die Generalkommission hat damit den Anfang gemacht und bereitet einen Kursus hinter sich, an welchem auch Schreiber dieser Zeilen als Beamter des Textilarbeiterverbandes teilgenommen hat. Im folgenden will ich nun meine Eindrücke, die ich als „Bruder Studio“ empfangen habe, hier wiedergeben.

Am 20. August begann der erste Kursus, welcher rund 40 Teilnehmer zählte, mit einer kurzen Ansprache des Genossen Legien, der betonte, daß diese Kurse nicht etwa als Münchener Glanzhörer Drillschule, besser gesagt: Jesuitenschule aufgeföhrt werden sollen, sondern daß hier nur Anregungen, die zum Weiterstudieren anregen sollen, gegeben würden. Im Ubrigen sollten ja auch von der Generalkommission und den Gewerkschaften erst Erfahrungen gesammelt werden über den event. Nutzen der Kurse.

Es ist auf die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit derselben eingegangen, dürfte es sich empfehlen, die einzelnen Lehrgegenstände etwas zu besprechen. Die Lehrgegenstände sind:

1. Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vortragender: Gen. Legien.
2. Die gewerkschaftlichen Gewerkschaften in Deutschland. Vortragender: Genosse Umbreit.

3. Die Gewerkschaften im Auslande. Vortragender: Genosse E. Bernstein.

4. Die Versicherungs-gesetzgebung. Vortragender: Die Vertreter der Reichsversicherungsamt Genossen Robert Schmidt und Bauer.

5. Der Arbeiterstreik. Vortragender: Genosse Umbreit.

6. Der gewerbliche Arbeitsvertrag. Vortragender: Genosse Kahlenstein.

7. Nationalökonomie. Vortragender: Genosse Schippel.

8. Kartelle und Unternehmervereinigungen. Vortragender: Genosse Richard Calwer.

9. Statistil. Vortragender: Genosse Schippel.

10. Gewerkschaftliche Literatur. Vortragender: Genosse Sassenbach.

11. Buchführung und kaufmännischer Verkehr. Vortragender: Genosse Buchwald.

Die Lehrtunden sind wie folgt festgesetzt: Der Unterricht währt normittags von 9 Uhr bis 12 Uhr und nachmittags von 3 Uhr bis 6 Uhr. Davon sind, unter Abwechslung der Lehrstoffe, jeden Tag 4 Lehr- bzw. Unterrichtsstunden und 2 Diskussionsstunden. Da die Zeit bei notwendiger Dauer der Kurse nicht ausgenutzt werden mußte, um den Stoff von diesen 11 Lehrtagen zu bewältigen, haben wir (die Teilnehmer) die ersten Wochen auf Abhaltung von Diskussionsstunden verzichtet und die 36 Vortragstunden auf Kosten der Diskussionsstunden bedeutend erweitert. Hierbei kam uns allerdings zu statten, daß einzelne Lehrfächer anfangs wenig Stoff bzw. Anregung zur Diskussion gaben.

Aus den einzelnen Lehrgegenständen habe ich nun, und auch alle anderen Teilnehmer, eine reiche Ausbeute der Materie mit nach Hause genommen. Eine Fülle neuer Gesichtspunkte, neuer Gedanken, die mir bis jetzt noch verschlossen waren, werden mir in Zukunft sehr gute Dienste leisten bei der schweren Agitationsarbeit in der Provinz.

Da sind zunächst hervorzuheben die Vorträge des Genossen Legien, der an der Hand guten Materials, soweit solches zur Verfügung steht, die Anfänge der Arbeitervereinigungen vom Gesellen- in Verbindung mit dem Zunftsweien des 12. Jahrhunderts und ihre Entwicklung bis auf die Gegenwart ausführlich behandelte. Ja, was sehr interessant war, legte der Zukunft widmete er einige längere Ausführungen, die mit sichlichem Interesse von den Teilnehmern aufgenommen wurden. Selbstverständlich kann ich hier nicht auf Einzelheiten eingehen, das würde den Raum des „Textilarbeiters“ zu sehr in Anspruch nehmen und, offen gesagt, fehlt mir auch die Zeit dazu, denn ich weiß momentan nicht, wo ich zuerst anfangen soll, so hat sich wieder die Arbeit gehäuft.

Ganz besonders lehrreich und instruktiv waren die Vorträge des Genossen Umbreit über: Gegnerische Gewerkschaften. Genosse Umbreit hat mit außerordentlichem Fleiß eine Fülle von Material zusammengetragen, sodas von seiten der Teilnehmer die Drucklegung seiner Vorträge gewünscht wurde. Daß dieses Material für die Gewerkschaftsbeamten von außerordentlicher Bedeutung ist, braucht kaum erwähnt zu werden, wenn man bedenkt, daß gerade in letzter Zeit namentlich die christlichen Organisationen, ganz besonders aber die katholischen Fachabteilungen, uns mit den schäblichsten Mitteln, mit Lüge und Verleumdung, bekämpfen. Da ist es wohl angebracht, das Treiben der „Brüder in Christo“ von allen Seiten kennen zu lernen.

Sehr gutes Material für uns boten auch die Vorträge des Genossen Bernstein über: Die ausländischen Gewerkschaften. Ganz besonders lehrreich waren seine Ausführungen über die englischen Trade Unions, die er jahrzehntelang aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, als er als Ausgemieteter aus Deutschland in England weilte. Die instruktiven Vorträge der Genossen Schmidt und Bauer boten ebenfalls eine reiche Ausbeute, da ja beide als Sekretäre beim Reichsversicherungsamt viele Erfahrungen gesammelt haben und verwerten konnten.

Die Vorträge des Genossen Umbreit über Arbeiterstreik und des Genossen Kahlenstein über den gewerblichen Arbeitsvertrag führten uns in die Materie des täglichen Lebens näher ein und hätten meiner Meinung nach zusammengelagt werden können.

Ein ganz neues, wichtiges und interessantes Gebiet für mich und viele andere waren die Vorträge des Genossen Schippel über Nationalökonomie. Hier lernten wir den Weltmarkt, die Weltmarktgestaltung, unsere gesamte Handelspolitik, Wirtschaftskonjunktur, Wirtschaftskrisen vom Ursprung bis zur Gegenwart kennen. Die ausgezeichnete Vortragweise des Genossen Schippel trug mit dazu bei, daß man recht viel von seinen Vorträgen behalten konnte. Daß er ein sehr reichhaltiges Gebiet behandelte, ist schon daraus zu ersehen, daß er wöchentlich 6 Stunden, also insgesamt 24 Stunden, auf das Thema Nationalökonomie verwenden mußte. Nebenher sprach er noch wöchentlich 3 Stunden über Statistik und zeigte uns an der Hand des Statistischen Jahrbuches viel Brauchbares für unsere Tätigkeit als Gewerkschafts- und Parteimitglieder.

Ein ebenso ergiebiges und wichtiges Thema war das des Genossen Calwer über: Kartelle und Unternehmervereinigungen. Hier lernten wir die in Deutschland bestehenden Kartelle, Syndikate sowie die reinen Kampforganisationen der Unternehmer näher kennen, die gerade in der Gegenwart für uns von hervorragender Bedeutung sind. Leider konnte Genosse Calwer sein Thema nicht so ausführlich behandeln, wie es notwendig gewesen wäre, sodas er für später einige Lehrtunden mehr bekommen muß.

Die beiden letzten Lehrfächer von den Genossen Sassenbach über Literatur und Buchwald über Buchführung boten zwar auch Wissenswertes, doch könnte hier noch manches an Zeit gespart werden. Uebrigens ist die höhere kaufmännische Buchführung, die Genosse Buchwald ausführlich behandelte, ein Thema, welches im praktischen Leben nicht zu verwerthen ist, wenn ich auch zugebe, daß einige praktische Winke mit Dank angenommen wurden.

So die einzelnen Lehrgegenstände. Daraus geht hervor, daß eine Fülle von Material geboten wurde, freilich: ein „Nürnbergischer Trichter“ kam dabei nicht zur Verwendung. Man war fortwährend so geistig angezogen, daß einem abends oft der Schüssel brummte. Es wird künftig darauf gedrungen werden müssen, mindestens zwei Nachmittage pro Woche freizugeben. Man muß doch ein wenig Zeit haben, das Gehörte geistig zu verdauen. Ueberdem hat man doch auch seine Korrespondenz zu erledigen, sodas man keinen Augenblick freie Zeit hat. Auch könnte die Stundenzahl verlegt werden, damit abends etwas

früher Schluss ist. Anregungen sind ja in der Generaldiskussion, die am Schlusse des Kurses zwischen Lehrern und Lernenden gepflogt worden ist, nach dieser und jener Richtung hin gegeben worden.

Alles in allem bin ich für meinen Teil mit der Einrichtung der Kurse sehr zufrieden. Diese Meinung war allgemein zu hören. Sie werden uns bei der weiteren Aus- und Durchbildung der Gewerkschaftsjünger außerordentliche Dienste leisten im Kampfe mit allen unseren Gegnern.

Die Generalkommission hat auch mit der Auswahl der Lehrgangsstunden und gleichzeitig auch der Lehrer das Rechte getroffen. Ihr gebührt hierfür der Dank aller Teilnehmer. Wer nicht damit zufrieden ist, wer sich schon für so geschickelt hält, das alles schon zu wissen, der bleibe zu Hause und überlasse einem Wissensbedürftigeren den Platz.

Ehe ich meine Ausführungen schlicke, möchte ich noch auf eins hinweisen. Die Organisation der Maurer war so unvollkommen, gleich 50 Teilnehmer für den ersten Kursus zu melden. Nach längerem Hin und Her hat die Generalkommission den dritten Kursus, der vom 19. November bis 15. Dezember dieses Jahres stattfindet, ganz für die Maurer belegt. Dagegen muß ich protestieren. Die Gewerkschaften haben doch alle die gleichen Rechte, denn ihre Beiträge, die sie an die Generalkommission zahlen, sind doch auch kein Bloß. Wenn sich der Wert der Kurse erst herumgesprochen hat, werden sich sicher mehr Teilnehmer finden, als es zuerst bei uns, als den „Versuchsanfänger“, der Fall war. Unser Zentralvorstand hat sich erfreulicherweise für stärkere Beschäftigung der Kurse entschlossen, und wird derselbe keine Sorge mehr zu haben brauchen, wo er die „Studenten“ hernehmen soll. Noch eins! Wir haben rund 35 Prozent weibliche Mitglieder in unserem Verbande, darunter rechnerische Kräfte fast garnicht. Hier muß der Zentralvorstand eingreifen und im Interesse des weiteren Ausbaues unserer schwer vorwärts zu bringenden Organisation Mittel sühlig machen zur Ausbildung weiblicher Agitatoren.

In einer Beziehung können wir uns an den christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen ein Beispiel nehmen, nämlich an der Bewilligung von Mitteln für Ausbildung von Agitatoren. Ihre Agitatoren wahren wie Pilze aus der Erde, daher auch zum Teil ihre Erfolge, trotz Arbeiterverraterei.

Wir sind stolz darauf, die Führer der Gewerkschaften aus der Werkstatt geholt zu haben, alles schlichte Männer, wir denken nicht daran, Akademiker mit der Führung der Gewerkschaften zu betrauen, wie es ein Berliner Teilnehmer am Kursus allen Ernstes verlangte. Aber unsere Kollegen und Kolleginnen, die bei monotoner Arbeit am Webstuhl, an der Strick- oder Spinnmaschine, oder wo es auch sei, gestanden haben jahrelang, sie bedürfen der Schulung, wenn sie gedrückten Gegnern gegenüber den Kampf erfolgreich aufnehmen sollen. Möge daher den im Verdertreissen stehenden, auch nicht angestellten, wissenschaftlichen Kollegen und Kolleginnen die Wohltat der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse zu teil werden; möge ihnen, namentlich den Angefallenen, die zur weiteren Ausbildung nötige Zeit gegeben werden, dann werden die Unterrichtskurse als dauernde Einrichtung gute Früchte tragen, denn deren Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit steht heute schon außer Zweifel.

Fr., Uegnis.

## Mitteilungen aus Fachreisen.

**Machen.** Die für Dienstag den 25. September nach dem „Frankenberger Bierkeller“ einberufene öffentliche Textilarbeiterversammlung war außerordentlich stark besucht. Zur Tagesordnung: Wie stellen sich die hiesigen Weber und Weberinnen zu den allgemeinen Forderungen: Wöchentliche Lohnzahlung, Einführung von Schutzabzeichen und einheitliche Regelung des prozentualen Prozugs bei schneelautenden Stühlen? referierte der Geschäftsführer der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes, F e i n h a l s. Durch das Vorbringen von Tatsachen wies er die volle Berechtigung dieser Forderungen nach. Nur die örtlichen Verhältnisse und nicht zum mindesten die Nachvollziehung der Machener Textilarbeiter habe die Filialleitung im Einverständnis mit den Vertrauensmännern bewogen, die Forderungen auf das kleinste Mindestmaß zu beschränken. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige in „Frankenberger Bierkeller“ tagende starkbesetzte Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung beauftragt den hiesigen Filialvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, an die Vorstände der hier bestehenden Organisationen innerzünftig heranzutreten, damit die gestellten allgemeinen Forderungen gemeinsam den Arbeitgebern vorgelegt und bei etwaiger Ablehnung sofort Schritte zu ihrer Durchführung unternommen werden.“ Zum Schluss legte Gauleiter F e i n h a l s in überzeugender Weise die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter in einer leistungsfähigen Organisation dar.

**Berlin.** An die organisierte Arbeiterchaft Berlins und Umgegend! In den Mitteilungen von Bolle, Schweizerhof und Witzgenzente hat die Organisation in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. So hat die Sektionsleitung es für notwendig befunden, für die Ruffahrer und Witzfahrer dieser Betriebe eine Legitimationskarte herauszugeben, damit sich die Kollegen jederzeit als organisationszugehörig ausweisen können. Die Karte ist von brauner Farbe und nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsgemäß jeden Monat abgekempelt ist. Der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter appelliert an das Solidaritätsgefühl der gesamten Berliner Arbeiterchaft, und namentlich das der F r a u e n, die junge, vorwärtsstrebende Organisation zu unterstützen. Er ersucht das konsumierende Publikum, sich von dem Besitz der Legitimationskarte zu überzeugen und nur dann mit den Ruffahrern und Witzfahrern obiger Betriebe in geschäftliche Verbindung zu treten, wenn dieselben in der Lage sind, sich als klassenbewusste Arbeiter ausweisen zu können.

**Bodum.** Die letzte Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes fand am Sonntag auf Haus Schwabert statt. Auf Antrag des Kollegen Buchs wurde der zweite Punkt, „Die stoffweise Beitragsleistung“, von der Tagesordnung abgesetzt und als erster Punkt für die nächste Versammlung bestimmt. Dann erhielt Gauleiter F e i n h a l s das Wort zu seinem Vortrage über das Thema: „Lebensmittelpreise und Textilarbeiter-Löhne.“ Redner verstand es, in zitta fünfviertelstündigem Vortrage den Anwesenden klarzumachen, daß die bürgerlichen Parteien es sind, welche die Steigerung der Lebensmittelpreise verschulden. Die Textilarbeiter leiden am meisten unter der Teuerung, weil die Löhne dieser Kategorie von Arbeitern so niedrig sind. Netmes wies aus den Statistiken des Reichsgesundheitsamtes nach, daß gerade die Textilarbeiter in den meisten Fällen an der Reduktionskrankheit sterben. Um diesem System ein Halt zu bieten, forderte Netmes die Anwesenden auf, dafür Sorge zu tragen, daß fortwährend neue Kämpfer für unsere Ziele gewonnen werden, und zwar sowohl auf politischem Gebiete als auch auf gewerkschaftlichem. Daß die Anwesenden den Ausführungen des Referenten mit der größten Aufmerksamkeit gefolgt waren, bewies der stürmische Beifall, welcher zum Schlusse erscholl. Es

wurde unter „Verschiedenes“ vom Vorstande die Mitteilung gemacht, daß laut Beschluß des Kreisler Gewerkschaftskartells die Benutzung der Bibliothek nur dann gestattet würde, wenn die Bodumer Filiale dem Kartell angeschlossen sei. Während Arbeitersekretär Weiner, welcher in der Versammlung anwesend war, für Anschluß plädierte, stellten sich sämtliche Redner auf den Standpunkt, daß die Filiale Bodum finanziell nicht in der Lage sei, dem Anschlusse zuzustimmen. Folgender Antrag fand gegen eine Stimme Annahme: „Die gut besuchte Versammlung der Filiale Bodum des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter beschließt, den Anschluß an das Kreisler Kartell vorläufig nicht zu vollziehen und wird zu der Frage in einer der nächsten Versammlungen nochmals Stellung genommen.“

**Chemnitz.** Achtung, Textilarbeiter! Zwei Streikbrecheragenten haben ihr Domizil hier im Gasthaus „Auerbachs Hof“, Zimmerstraße, aufgeschlagen. Durch Inserat in den hiesigen bürgerlichen Zeitungen wird bekanntgegeben, daß die beiden Herren mittags von 1 bis 3 Uhr zu sprechen sind. Eine Arbeiterin, die sich bei ihnen vorstellte, konnte nur in Erfahrung bringen, daß die Agenten Arbeiterinnen für die Süddeutsche Zute-Industrie Waldhof bei Mannheim für einen Lohn von 1,50 bis 1,60 Mark pro Tag anzuwerben suchen. Weiter wurde der betreffenden Arbeiterin von den Herren ein Arbeitsvertrag sowie ein Kautionsbuch über die wöchentliche Verpflegung ausgehändigt. Nach dem Arbeitsvertrage ist der betreffende Arbeiter resp. die Arbeiterin verpflichtet, sich von dem Lohn, der, wie schon gesagt, nur 1,50 bis 1,60 Mark pro Tag beträgt, noch wöchentlich 3 Mark für eine Kaution bis zu einem bestimmten Betrage abziehen zu lassen. Dieser Kautionssumme sowie des noch etwa rückständigen Lohnes geht derjenige Arbeiter verpfändend, der vor Ablauf des Vertrages das Arbeitsverhältnis mit der Süddeutschen Zute-Industrie löst. Dagegen erhält der Arbeiter, der bis zu Ablauf des Vertrages in diesem Eldorado aushält, großmütig seine Kaution ohne Zinsen (!) zurück. Die Fabrikverwaltung ist berechtigt, in Gemäßheit des § 123 der Gewerbeordnung und der §§ 8, 10, 12, 18 und 19 der Fabrikordnung die Arbeiter zu entlassen. Wie es sich dann mit der Kautionssumme verhält, ist in dem Kontrakt nicht gesagt. Auch hasten Kaution und Lohn für allen Schaden, der verschuldeterweise an den Maschinen, Werkzeugen und Materialien angerichtet wird. Aber auch sonst tut diese Firma ein Uebriges, um den Arbeitern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Für täglich 54 Pf. bietet sie demselben trotz der teigigen Lebensmittelpreise Kost und Logis. Wie sie das fertig bringt, ist aus nachstehender Aufstellung ersichtlich: Kaffee des Morgens 2 Pf., Mittagessen (Suppe, Gemüse und Fleisch) 15 Pf., Kaffee des Mittags 2 Pf., Abendessen (Suppe und Gemüse) 10 Pf., tägliche Ausgabe für Brot (sechs Brötchen) 15 Pf., für ein Bett im Schlafsaal pro Nacht 10 Pf., in Summa 54 Pf. Bei dieser täglichen Ausgabe von 54 Pf. bleiben bei einem Lohn von 1,60 Mk. für Erwachsene 1,06 Mk., bei einem Lohn von 1,20 Mark für alleinstehende jugendliche Arbeiterinnen 66 Pf. täglich übrig. Bei Alfordlohn, je nach Leistung der Arbeiterin, bleibt bedeutend mehr übrig. Wie dieses Futter aussehen wird, welches die Arbeiter für 54 Pf. in jenem Betriebe erhalten, kann man sich ja lebhaft vorstellen. Da bekanntlich in Waldhof bei Mannheim in der dortigen Zute-fabrik Differenzen bestehen, so ist es Pflicht der Textilarbeiter und Arbeiterinnen, ihren kämpfenden Kollegen und Kolleginnen nicht in den Rücken zu fallen. Es wird strengstens ersucht, Zugang nach Waldhof bei Mannheim zu unterlassen!

**Chemnitz.** Ein recht resoluter Mann scheint der Werkmeister Ottomar F r i e d r i c h bei der Firma Daniel Richter, Tüllfabrik, Annaberger Straße, zu sein. Bei einer in den letzten Tagen vorgelommenen Auseinandersetzung mit einer Arbeiterin vergriff sich derselbe an letzterer tätlich und warf sie zur Tür hinaus. Obwohl diese Arbeiterin am anderen Morgen von seiten des Chefs aufgefordert wurde, wieder an ihre Arbeit zu gehen, erklärte sie, nicht weiterarbeiten zu wollen, sie läste vielmehr sofort das Arbeitsverhältnis. Uebrigens macht sich seit der Lohnbewegung bei den Herren Meistern im allgemeinen ein anderer Ton bemerkbar. Sind die Herren vielleicht nettlich darüber, daß sich die Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwingen haben? Wir sind der Meinung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch den Herren Angestellten mit zu gute kommt. Wenn sie in Punkt Lohnverhältnisse vielleicht noch unter manchem Tüllweber stehen, so haben sie sich dieses selber zuzuschreiben. Es stand ihnen ja frei, sich an der Lohnbewegung zu beteiligen, aber dazu schickte es ihnen wahrheitsgemäß an Mut. Den Arbeitern das Leben schwer zu machen, verstehen die Herren umso besser. „Nimm ein Umgang mit Menschen“ sei ihnen zum fleißigen Studium empfohlen.

**Eisenach.** Da die Versammlungen in letzter Zeit immer so schlecht besucht waren, so sehen wir uns veranlaßt, an dieser Stelle einmal die Kollegen und Kolleginnen zu ermahnen, in den Versammlungen zu erscheinen. Kollegen und Kolleginnen! Noch ist uns der Jehstundentag am 1. Oktober nicht bewilligt worden! Darum gilt es, jetzt doppelt zu agitieren, daß auch die letzten paar Säumigen dem Textilarbeiterverbande zugeführt werden, so daß wir dann am 1. April nächsten Jahres den Jehstundentag mit Wollmäpfer erobern können. Aber auch den Frauen und Mädchen möchten wir ans Herz legen, fleißig zu agitieren. Mögen auch die Meister stutzen und schimpfen über den Verband. Die Parole muß von nun an lauten: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

**Elsterberg.** Recht allerliebste Zustände sind, wie berichtet wird, bei der Firma August Stöbel, hier, eingerissen, indem die Weibler- und Nachbarschaft des Stuhlmeisters Schaarschmidt, Görtzsch, berückichtigt wird und an 4 Stühlen arbeitet. Hingegen müssen sich andere Weber, trotz aller Beschwerde, begnügen, 3 bis 4 Tage mit einem Stuhl zu arbeiten, weil angeblich das Kettenmaterial knapp ist. — Herrn Geschäftsführer Paul Stöbel wäre zu raten, derartige Nebelstände zu beseitigen, falls er gewillt ist, seinen guten Stamm Arbeiter zu behalten.

**Finkenwalde.** Am Sonnabend den 22. September fand unsere regelmäßige, leider nur schwach besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege K n e i s e l hielt einen Vortrag über „Die Frauenarbeit und deren Folgen.“ Der Kassierer gab die Namen der nach der Bewegung ausgetretenen Mitglieder bekannt, deren Verhalten scharf kritisiert. Im weiteren wurde das Verhalten einer Weberin (Emma K u s h e l) scharf kritisiert, die nach Schädigung des Verbandes demselben mitlamm ihrem Ehemann den Rücken kehrte. Es wurde dann noch beschlossen, ein Stiftungsfest abzuhalten; dasselbe findet am 18. Oktober statt.

**Großschönau.** Am 28. September feierte die hiesige Filiale im festlich geschmückten Saale des „Gasthauses zur Waldschänke“ das 13jährige Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Gesangs-vorträgen und Reden, gehalten vom Gauleiter Hermann F r i e d r i c h. Der Vorlesende August J a h m a n n hielt die Erschienenen herzlich willkommen und gebärdete in seiner Rede auch derer, die seit Gründung der Filiale derselben jezt noch angehören. Die Konzert- und Gesangsvorträge fanden allseitigen Beifall. Gauleiter Hermann F r i e d r i c h gab in großen Zügen einen Rückblick auf die Entwicklung der Filiale, sowie auf die Wir-

tschaftliche Lage der Textilarbeiter. Ein Ball bildete den Schluß dieses schön verlaufenen Festes. Trozdem der Saal gut besetzt war, so hätte man aber doch von seiten der Großschönauer Kollegen erwarten können, daß diese zahlreicher erschienen würden. Einem Teil dieser Kollegen scheinen die Veranlassungen der bürgerlichen Klimbimereien vorzugehen.

**Herford. (Moderne Slaven.)** Als solche möchten wir die Arbeiter der Firma Appreturanstalt Gustav Ernstmeier, Mindener Straße, hier, bezeichnen. Bei dieser Firma war es der Mehrzahl der Arbeiter eingefallen, durch eine Bittschrift etwas mehr Lohn zu erlangen. Wir sagen Bittschrift, denn die Arbeiter waren noch so bescheiden, die Erhöhung ihres Lohnes zu erbitten, nicht einmal zu fordern. Aber selbst dieses Bitten war dem Herrn Ernstmeier schon zu viel. Noch an demselben Tage, an dem dieses Schriftstück überreicht wurde, ging man sofort auf die Suche, um den Nebelsführer dieser unsittlerischen Handlung ausfindig zu machen. Ein Arbeiter wurde auf das Kontor gerufen, man verlangte von ihm die Person bezeichnet, die das Schreiben verfaßt hatte. Als der betreffende Arbeiter dies nicht sagen konnte, weil er es auch nicht wußte, wurde ihm Bedenkzeit bis zum anderen Tage gegeben, wenn dann der Urheber nicht gefunden sei, würde er entlassen. Der Urheber wurde nicht gefunden, und die Kündigung des Arbeiters blieb noch aus. Die Arbeiter wandten sich nun an die Organisation, und es fanden dann zwei Fabrikbesprechungen statt, in welchen die Arbeiter — außer ein paar Freunden der Firma — ihren Beitritt zum Deutschen Textilarbeiterverband erklärten. Als nun der Arbeitgeber dieses erfuhr, suchte er den Arbeitern seine ganze Überlegenheit klarzumachen. Zunächst wurde jeder einzelne gefragt, warum er in den Verband eingetreten sei; auf die meist richtige Antwort der Arbeiter, es sei Pflicht von ihnen, sich einer Organisation anzuschließen, war man nicht vorbereitet. Dieses Mittel half also nicht, aber Herr Ernstmeier war in Mitteln nicht verlegen. Unter „seinen“ Arbeitern befindet sich einer, welcher sein Glück darin versuchen wollte, auch Hausbesitzer zu werden. Dieser, weil zum Wachen auch Geld notwendig ist, wandte sich vertrauensvoll an Herrn Ernstmeier, der mit dem größten Entgegenkommen das Geld zur Verfügung stellte. Aber dieser besagte Arbeiter war auch mit unter diesen „Bewußtlosen“, er wurde aufs Kontor gerufen und ihm bedeutet: Wenn Sie nicht aus dem Verband austreten, kündige ich Ihnen die Hypothek. Wie sagt doch Kuskin: „Dem Starken und Klugen sind seine Gaben nicht gegeben, um Schwache zu unterdrücken, sondern um sie zu leiten und zu unterstützen.“ Wenn denn alle Stränge reizen, so dachte Herr Ernstmeier, versuchen wir es noch mit diesem: er ging unter die Redner des Volkes. Am Sonnabend vor 8 Tagen, die ganze Sache liegt 3 Wochen zurück, ließ er durch seinen Meister bekannt machen, er würde den Arbeitern am Mittag eine Rede halten. Um 1/2 vor 12 stand die Maschine still, und Herr Ernstmeier redete seinen Arbeitern in berebten Worten zu, doch aus dem Verbande wieder auszutreten. Das Geld, das die Arbeiter in die Verbandskasse bezahlten, wäre für sie verloren, denn dafür machten sich nur die Angestellten einen gemächlichen Tag. Wenn er den Arbeitern wöchentlich eine Mark zulegen solle, mache das für ihn doch eine Ausgabe von 2500 Mark aus, dieses könne er nicht erschwigen, — wie uns mitgeteilt worden ist, soll dieser Herr mit 800 000 Mark Vermögen eingeschätzt sein! Auf seine alten Tage müsse er es noch erleben, daß seine Arbeiter in den Verband gehen, er habe den Wunsch, daß alle wieder austreten. Nun hatte Herr E. seinen Teil in der Sache getan, d. h. vorkäuflich. Jetzt war es aber auch Zeit für die Ohrenbläser und Weichlinge unter den Arbeitern, dem „was die Taktik des Fabrikherrn“ bewachte, aber noch nicht erreichte, nachzuhelfen. Auch der Meister Steinlamp sollte sich berufen, hier eingreifen zu müssen. Durch das gegenseitige Ausspielen der Kollegen untereinander, indem man den einen vor den anderen vorzieht, erreichte er es, die Furcht vor Entlassung zu stärken. Alle, die im Verband sind, werden entlassen, sagte Meister Steinlamp, und wer hübsch artig ist und aus dem Verband austritt, kann bleiben. Die Arbeiter sollten sich also zu willenlosen Sklaven begabieren. Der Anfang mit Entlassungen wurde auch gemacht. Der Kollege, dem die Kündigung angedeutet war, ist am Sonnabend entlassen worden, er wird sein Recht wegen kündigungloser Entlassung am Gewerbeamt suchen. Ein zweiter hat am Sonnabend ebenfalls die Kündigung bekommen. Wenn ihr aus dem Verbande austretet, könnt ihr bleiben, wurde beiden erklärt. Diese beiden Kollegen haben aber so viel Rückgrat behalten, lieber die Kündigung anzunehmen, wie als Ferkelgeißel dazuliegen. Nun hat Herr Ernstmeier aber Oberwasser bekommen. Es sollte wieder eine Besprechung der Arbeiter des Betriebes stattfinden, aber keiner von sämtlichen Arbeitern hatte den Mut, in das Versammlungslokal, welches in einiger Entfernung von der Fabrik liegt, einzutreten. Als wenn jemand mit der Peitsche hinter ihnen sei, so flohen die Männer, und es sind alles ältere Arbeiter, die Straße hin. Im Torweg stand der Meister Steinlamp und beobachtete, wohin die Arbeiter ihre Schritte lenkten. Als Spion hatte sich eine „edle“ Schreiberslebe eingeschunden, die bis an das Lokal den Arbeitern nachging, um berichten zu können, wie die Sache verlaufen würde. Wenn solche Verbündete: Chef, Meister, Buchhalter bis zum längsten Schreiber, zum Kampf gegen das rote Gespenst losziehen, dann muß es doch wirken, und es hat gewirkt. Aber nur vorläufig, denn auch die Arbeiter dieses Mutterbetriebes werden noch einsparen lernen, daß die Organisation nur allein imstande ist, wirklich die Lage der Arbeiter zu verbessern, daß nur durch Einigkeit und Solidarität untereinander der Willkür und der Herrschaft des Unternehmers entgegengetreten werden kann. Ein Ferkelgeißel aber ist der Arbeiter, welcher einen einmal beschränkten Weg des Rechts aus Furcht vor den Unterdrückungsmaßregeln der Unternehmung wieder verläßt.

**Kolmar-Vogelbach.** (Der christliche Arbeitererrat.) Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes wurde in der letzten Nummer unserer Fachzeitung von christlicher Seite eine Erklärung abgegeben. Demgegenüber erklärten wir zum zweiten Male, daß es Tassache ist, daß Gewerkschaftssekretär Fischer nach der miltglückten Verhandlung mit Herrn Adler auf dem Wege von dort zur „Linde“ den Mitbewohnenden die Erklärung abgegeben hat, die besten Arbeiter sollen ihre Entlassung holen, die Ubrigen werden schon zur Arbeit zurückkehren. Das war am 29. August. Ferner richteten wir an Herrn Fischer die Anfrage, warum ein einzig unterzeichnetes Vorstandsmitglied von Vogelbach zwei Tage vor Aufnahme der niedergelegten Arbeit als Arbeitswilliger zur Fabrik zurückkehrte. Dagegen ist doch bewiesen, daß durch das Vorgehen Fischers das betreffende Vorstandsmitglied gezwungen wurde, zur Arbeit zurückzukehren. Ganz mißlich mit ein derartiges Vorgehen von einem Gauleiter oder Gewerkschaftssekretär aufzuentdecken vorurteilen, wenn er in Antebuge vor einem arbeitswilligen Individuum liegen würde, um von ihm die Unterschrift zu erlangen, damit in der Öffentlichkeit nach Beendigung eines Streiks eine Rechtsstellung hergestellt würde. Wir wollen weiter feststellen, daß Fischer in der Vorstandssitzung am 24. August nach Ausbruch des Streiks bei der Firma Hausmann, als der ehemalige Vorlesende von Vogelbach ihn wegen der Verweigerung der Streikunterstützung au-

rechtwies und auf den Zusammenbruch der betreffenden Ortsgruppen aufmerksam machte, bemerkte: „Was fragt doch der Zentralvorstand nach den paar Ortsgruppen, wenn sie nicht mehr sind! Wenn nun in der Erklärung noch gefaselt wird, es sei unklar, daß seitens der Vorstandsmittglieder obige Behauptung in irgend einer Versammlung aufgestellt wurde, so müssen wir diesen Leuten, die bei diesem Vertuschungsversuch eine große Rolle spielen, erklären, daß auch sie in der Versammlung vom 31. August in der „Linde“ waren, wo gerade der christliche erste Vorsitzende der Ortsgruppe von Vogelbach Herrn Fischer wegen der obigen Behauptung zur Rede stellte. Fischer versuchte auch sofort dem Bericht, den er an der ganzen Arbeiterschaft verlesen hatte, den Mantel der christlichen Verbindung umzuhängen. Aber, o weh! Abermals erhob sich dann ein Kommissionsmitglied, zu dem Fischer selbst gesagt hatte: „Die besten Arbeiter sollen ihre Entlassung holen, damit die übrigen zur Arbeit zurückkehren!“ und brandmarkte sein Verhalten. Die ganze Versammlung vom 31. August steht uns zur Verfügung, um zu beweisen zu können, daß Fischer auf diese Behauptungen aufmerksam gemacht wurde. Am Freitag den 21. September tagte dann auch in der Wirklichkeit „Zum Weißen Kreuz“ in Kolmar eine Mitgliederversammlung der christlichen Ortsgruppe, in welcher eine Resolution zur Annahme gelangte, in der das Vorgehen der christlichen Führer beim Streik bei der Firma Hausmann als berechtigt anerkannt wurde. Diese Resolution, die hier zur Annahme gelangte, wird den organisierten Kollegen und Kolleginnen in Kolmar im Gedächtnis bleiben. Wir fragen uns nun: Wie kann eine Mitgliederversammlung eine Resolution annehmen, in der keiner der am Streik beteiligten Arbeiter der Firma Hausmann anwesend war und die aus Kolmar anwesenden gar keine Ahnung von der Bewegung des betreffenden Betriebes in Vogelbach hatten? Eine derartige Dekretierung einer Resolution müssen wir als musterhaft bezeichnen, da sich die Mitglieder durch sie doppelte Pflichten, aber keine Rechte auferlegen.

**Dambrecht. (Zum Weberstreik.)** Glaubte man diese Woche, Anzeichen zur Beendigung des hiesigen Weberstreiks erblicken zu können, so waren dieselben doch alle trügerisch. Wir lassen kurz den Sachverhalt folgen. Am Donnerstag den 20. September war vor dem hiesigen Gewerbegericht Termin zur Erledigung der von beiden Seiten anhängig gemachten Klagen wegen Kontraktbruchs angelegt. Vor Eintritt in die Verhandlung machte der anwesende Gauleiter Schröder vom Textilarbeiterverband den Vorschlag, die Klagen zu vertragen und das Gewerbegericht als Einigungsamt wirken zu lassen. Nach kurzer Beratung stimmten beide Parteien dem Vorschlag zu und wurde der Beginn der Einigungsverhandlungen auf nachmittags 2 Uhr festgesetzt. Groß war die Ueberraschung der Arbeitervertreter sowohl, als auch bei dem Vorsitzenden und Beisitzern, als nachmittags die Fabrikanten erklärten, es müsse ein Mißverständnis herrschen, sie seien der Meinung, daß nur über die anhängigen Kontraktbruchklagen Einigungsverhandlungen stattfinden sollen. Das „Mißverständnis“ war so fadenförmig, daß sich der wahre Grund sehr leicht erraten ließ. Trotzdem man sich am Vormittag auf beiden Seiten schlichtig gemacht hatte, wie das Gewerbegericht als Einigungsamt besetzt sein sollte; trotzdem am Nachmittags Fabrikanten anwesend waren, die wegen kumpiger Kontraktbruchklagen nie das Gewerbegericht besuchen, trotzdem Fabrikanten anwesend waren, die gar keine Klagen angehängt hatten, hatte man am Vormittag „mißverstanden“. Auf einen von Arbeiterseite gemachten Vorschlag, die Fabrikanten möchten sich darüber entscheiden, ob sie vor dem Einigungsamt verhandeln wollten, gaben dieselben nach fast einstündiger Beratung folgende Erklärung ab: „Der Fabrikantenverein kann das Einigungsamt, welches nach Ansicht der Fabrikanten nur für die Gewerbegerichtsangelegenheit berufen worden ist, nicht anerkennen, und erklärt hiemit in Bezug auf die angeregte Beilegung des Streiks, daß die Verhandlungen zwischen Fabrikanten und Webern vor dem Ausbruch des Streiks von den Webern abgebrochen worden sind mit der Begründung, die Prüfung des neuen Tarifs bedeute eine Verschleppung. Die Fabrikanten sind nach wie vor bereit, den vorgelegten neuen Tarif von den Webern unter Mitwirkung der Gauleiter anderhand der Fabrikanten einer Nachprüfung unterziehen zu lassen, indem die Fabrikanten der Ueberzeugung sind, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen der gewünschten Lohnverhöhung der Weber und dem neuen Tarif der Fabrikanten nicht existiert. Ueberdem ist dem Fabrikantenverein bekannt, daß viele Weber keine Kenntnis haben, welche Lohnaufbesserung ihnen durch den neuen Tarif geboten worden ist.“ — Auf dieses Schreiben ist dem Fabrikantenverein geantwortet worden, daß eine erneute Nachprüfung des neuen Tarifs so lange dem gewünschten Zweck nicht erfüllen könne; bevor der Fabrikantenverein nicht die bestimmte Erklärung abgibt, daß im Anschluß daran die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt, oder unter Vermittlung dritter Personen fortgesetzt würden. Darauf ist man auf Fabrikantenseite bis jetzt die Antwort schuldig geblieben. Trotzdem die Arbeiterschaft sich ehrlich bemühte, im Interesse des gesamten Gemeinwells den Frieden herbeizuführen, sind die Bestrebungen gescheitert. Die Fabrikanten konnten sich nicht entschließen, zu erklären, jawohl, wir sind bereit nach stattgefundenen Nachprüfung Verhandlungen zu führen. Die Arbeiterschaft hat sich wieder tagelang bemüht, die Differenzen zu beilegen, aber die Fabrikanten wollen den Kampf.

**Ludenwalde.** Am Mittwoch den 10. September fand unsere Monatsversammlung statt, welche wiederum recht schlecht besucht war. Sind denn die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Fabriken so günstig, daß die Kollegen glauben, auf ihren Lorbeeren auszuruhen zu können?

**Meersan.** Am 1. Oktober ist nunmehr der neue beziehentlich verbesserte Lohnsatz für die Stuhlarbeiter der meersanischen Webereien in Gauschau-Meersan, in Kraft getreten. Wir haben nun wieder einen Kampf hinter uns, der zwar nicht von großer Bedeutung war, aber doch erwähnenswert erscheint. Wesentliches hat uns der neue Tarif zwar nicht gebracht, da er von den aufgestellten Forderungen nur ein Bruchteil herabsetzt, aber doch sind einige Positionen hervorzuheben, denen man etwas Sympathie entgegenbringen kann. Da ist zum ersten der Punkt: Halbweilene Waids; den die Unternehmer, da die Bestimmungen sehr unklar waren, sehr zu ihrem Nutzen ausdeuteten, so klar gestellt worden, daß eine Einschlebung anderer Waids in diese Kategorie nicht mehr möglich ist. Zweitens die Abmachungen über die Breite der Waize, bei der die Fabrikanten bestanden, sich durch schmaleres Einstellen der Waize um einen halben bis einen Zentimeter herumzubringen, sind so gehalten, daß ein Ausweichen nicht mehr möglich ist. Drittens entspricht die Entschädigung für Ketten, unter 50 Meter Warenlänge einem schon längst geführten Wunsch der Arbeiter. In ähnlicher Weise sind nun noch eine Reihe kleiner, ganz unbedeutender Forderungen vorgenommen worden. An der Arbeiterschaft liegt es nun, diese geringen Verbesserungen auch zu erhalten und es sich angelegen sein zu lassen, ihre noch indifferenten Kollegen und Kolleginnen dem Verbände zuzuführen, denn nicht allzulange wollen wir warten, bis wir einen neuen Vorstoß unternehmen, um auf eine neue Lohnsätze zu verbessern.

**M. Glabbach.** In letzter Zeit ist eine Unruhe unter den Mitgliedern eingetreten in Punkt Versammlungsbesuch. Wir machen hiermit an dieser Stelle bekannt, daß unsere Generalversammlung am 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Every stattfinden, und eruchen die Kollegen und Kolleginnen, vollständig zu erscheinen. Der Geschäftsführer, Kollege Panhuts, wird über die Statutenbeiträge und die damit verbundene Statutenänderung referieren, die am 1. Januar in Kraft tritt. Das Erscheinen aller ist daher notwendig!

**Murrhardt i. Mürt.** Freitag den 28. September hielt die hiesige Zahlstelle im Saale zur „Krone“ eine Fabrikerversammlung ab, die sehr gut besucht war. Gauleiter Schröder aus Stuttgart hielt einen Vortrag über: „Der Wert der Organisation.“ Aus dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag wollen wir nur erwähnen, daß es der Redner verstand, den Anwesenden in leichtverständlicher Weise den Wert der Organisation vor Augen zu führen. Nach dem Vortrage ließen sich sämtliche noch nicht Organisierten in den Verband aufnehmen. In einem kurzen Schlusswort ermahnte Kollege Schröder die Anwesenden, treu und fest zur Organisation zu halten und immer neue Kämpfer unseren Reihen zuzuführen.

**Debt.** Durch den flotten Geschäftsgang in der Samt-Industrie am Niederrhein hatten die Krefelder Weber sich schätzbare kleinere Lohnaufbesserungen für Andrehen und Nebenarbeiten erworben. Hierdurch aufgemuntert, war auch ein wenig Begeisterung in der hiesigen Arbeiterschaft erweckt, und sie traten an unseren Filial-Vorstand mit dem Ersuchen heran, er möchte einmal mit dem christlichen Vorstand eine Sitzung abhalten und Mittel und Wege suchen, damit auch sie die geringe Entschädigung für Nebenarbeiten usw. erhielten. Diesem Wunsche kam nun auch unser Filial-Vorstand sofort nach und bereit auf Sonntag den 18. August nach dem Lokale Kramps eine gemeinsame Sitzung mit den Vorstandsmittgliedern des christlichen Textilarbeiter-Verbandes ein, welcher denn auch vollständig erschien. Unser Kassierer legte dem christlichen Vorstande dann sachlich die Gründe der Zusammenberufung dieser Sitzung dar und beantragte, eine Fabrikerversammlung abzuhalten. Das verwarf die christlichen sofort und beantragten selber, daß in dieser Angelegenheit J. Besch (christlicher Bezirksleiter) und Reimes (unser Gauleiter) einmal bei der Firma vorstellig werden und für Nebenarbeiten die Krefelder Sätze fordern sollten. Das Resultat sollten die beiden dann einer Fabrikerversammlung vorlegen. In Ermangelung eines Lokals mußten wir diesem Antrage zustimmen. Wir legten nun sofort unseren Gauleiter davon in Kenntnis. Reimes wandte sich nun zu verschiedenen Malen an Besch, damit der Zeitpunkt für die geplante Vorstellung festgesetzt werden könne. Aber selbstmühevoll hatte Besch bis zum 21. September, also über vier Wochen nach der Sitzung, von seinem Ortsgruppenvorstand noch keinen Sitzungsbericht. Die ganze Saison geht so ungenüht vorüber, durch die Schuld jener, die sich trotzdem als würdige Glieder der deutschen Arbeiterbewegung betrachten. Wir wollen die Verschleppungsmanöver der christlichen Führer für heute nicht aufzählen, denn jedem fleißigen Leser des „Textilarbeiters“ sind sie wohl oft genug vor Augen geführt worden. Wir können unseren Mitgliedern nur anraten: bleibt vor allen Dingen der Organisation treu und agitiert unter den christlichen Mitgliedern unaufhörlich. Tragt mit Sorge, daß diese sich von ihren Führern trennen, die sich nicht scheuen, gefaselte Beschlüsse einfach zu ignorieren.

**Plauen II.** Eine öffentliche Versammlung der Sticker und Stickerarbeiterinnen, welche leidlich besucht war, tagte am 24. September im „Schillerparken“. Diese beschäftigte sich mit Lohnfragen und vor allem mit den Maßnahmen der Lohn-Maschinen-Besitzer (L.M.B.) und des Fabrikantenvereins, welche einen Entlassungschein für Stickerarbeiter einführen wollen. Eine Aufbesserung des Lohnes wäre wohl sehr notwendig, doch soll als Hauptforderung die Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit gelten; so wurde von allen Rednern betont. Es wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt, welche einen Lohnsatz auszuarbeiten hat. — Eine sehr lebhaft debattierte Entspann über den geplanten Entlassungschein, welcher bereits am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten soll oder bereits in Kraft getreten ist. (Natürlich wurde die Organisation mit keinem Wort benachrichtigt.) Danach ist jedes Mitglied der obengenannten Vereinigungen verpflichtet, keinen Sticker oder keine Aufpasserin einzustellen, welche derartige Entlassungscheine nicht ausweisen können. Nach den Angaben dieser Herren soll damit nur verhindert werden, daß die Arbeit ohne Kundigung verlassen werden kann, und soll der Schein hauptsächlich für das weibliche Hilfspersonal Anwendung finden. Die Hintergedanken sind aber ganz andere. Man will damit nur diejenigen Kollegen und Kolleginnen brotlos machen, welche den Mut haben, die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kritisieren und bestreben sind, sich bessere zu erkämpfen, man will also die Organisation zerstören. Scharfe Worte fielen von seiten der anwesenden Kollegen, und wurden folgende Beschlüsse festgelegt: 1. Kein Sticker oder dessen Hilfspersonal darf einen derartigen Entlassungschein annehmen. 2. Die gewählte Lohnkommission wird beauftragt, sofort den L.M.B. mitzutellen, daß die Sticker usw. unter keiner Bedingung auf die Einführung dieses Scheines eingehen. — Diese interessante Versammlung nahm einen großartigen Verlauf. — Inzwischen befahte sich diese sechsgliedrige Kommission bereits in einigen Sitzungen mit dieser Materie (Entlassungschein betreffend). Diese hält es aber für notwendig, vor der Aufstellung eines Lohnsatzes diese Angelegenheit zu regeln. Unterhandlungen mit dem Verein der L.M.B. und dem Fabrikantenverein sind bereits im Gange. Scheitern diese an dem Widerstand dieser Korporationen, so sind Ueberraschungen nicht ausgeschlossen.

**Plauenscher Grund.** Am 15. September tagte in Runaths Restaurant zu Deuben eine Mitgliederversammlung. Zum ersten Punkt gab G. Fischer den Bericht von der Landes-Konferenz zu Chemnitz. In der darauffolgenden Diskussion kritisierte man das Vorgehen der Gaufrüher Kollegen, daß diese schon vorher eine Konferenz abgehalten hätten, zu der nicht alle Filialen eingeladen waren. Auch war man nicht mit der Wahl des Gaufrüher einverstanden. Es wurde eine dementsprechende Resolution angenommen. Dann gab Fischer einen Bericht über die letzten Beschlüsse des Gewerkschaftsrate, mit welchem man sich einverstanden erklärte. Nachdem noch einige Verbandangelegenheiten besprochen worden waren, erfolgte der Schluß der Versammlung. Kurz wollen wir noch darauf hinweisen, daß in Zukunft die Versammlungen besser besucht werden müssen.

**Röhlbach i. B.** Am Freitag den 28. September fand eine Versammlung der hiesigen Filiale statt, welche überaus gut besucht war. Als hauptsächlichster Punkt stand auf der Tagesordnung: Wahl des Geschäftsführers. Gewählt wurde Kollege W. H. L. mit 148 Stimmen während zwei andere Kollegen zusammen 75 Stimmen erhielten. Bei der weiteren Verhandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung: Die neuen Statuten des Reichsbanner-Gewerkschaftsrate, wurde beschlossen, dem vom Kollegen Martin vorgelegten Statutenentwurf, mit Ausnahme des § 12, zuzustimmen.

**Rheine.** Zu Ruh und Frommen derjenigen, die nicht wissen, wie man gewerkschaftliche Agitation betreiben, wollen wir heute einmal mit der von unseren Mitstreitern gegenwärtig beliebten Agitationsweise befaßen. Da die bisherigen Erfolge ihres Verbandes nicht geeignet sind, demselben neue Mitglieder zuzuführen, versuchen sie, uns die wankelmütigen Mitglieder wegzulapern. Das ist ihr gutes Recht, das verdienen wir ihnen garnicht. Nun meinen vielleicht naive Leute, sie suchten die bestrehenden Kollegen von der Fortschrittlichkeit der gewerkschaftlichen Gemeinschaft in Christo zu überzeugen. Unklar! Das wissen die Macher des christlichen Verbandes in Rheine auch, daß dadurch nicht so leicht jemand zu überzeugen ist. Sie wenden, um Mitglieder zu bekommen, ganz andere Tricks an. Ein früherer Kollege, der zum christlichen Verband übergetreten ist, gab auf Befragen als Grund des Uebertritts an, daß ihm die Christen das Geld zu einem neuen Anzug vorschickten wollten. Da der betreffende Kollege zur fraglichen Zeit wahrheitsgemäß etwas in Bruch war, haben sie ihn denn auch glücklich geangelt. Einem anderen Kollegen von uns, der nächstens heiraten will, versprochen sie, ihm eine schöne Wohnung zu besorgen, hoch mußte er sich umschreiben lassen. Einigen jungen holländischen Kollegen machten sie die Hölle damit heiß, daß sie ausgewiesen würden, wenn es herauskäme, daß sie im freien Verbands seien. Vielleicht hätten sie auch ein kleines Denunzationsbüchlein fertiggebracht, wenn sie ihren Zweck nicht erreicht hätten. Einige Kolleginnen suchten sie dadurch zu verlocken, daß sie ihnen vorstellten, bei den Freien ist ja doch nichts, die haben ja kein Volk! Ihnen einen guten Mann zu versprechen, wenn sie übertreten, haben sie höchstwahrscheinlich nur vergessen. Daß man einige Mitglieder des katholischen Arbeitervereins, die sich unserem Verbands angegeschlossen hatten, vor die Alternative stellte, entweder aus dem Arbeiterverein oder aus dem Verbands auszutreten, halten wir für ganz in der Ordnung. Auch wir sind der Meinung, daß sich die Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft nicht vertragen mit der Mitgliedschaft in einem katholischen oder evangelischen Arbeiterverein. In diesen Stichproben christlicher Agitationsweise mag es für heute genug sein. Wir können ihnen die Mitglieder, die sie auf diese Weise gewinnen, von Herzen aber traurig muß es um eine Organisation bestellt sein, die solcher Mittel bedarf, um Mitglieder zu gewinnen. Wir haben es nicht nötig, zu solchen Mitteln zu greifen. Trotzdem uns kein Lokal zur Verfügung steht, können wir mit den Fortschritten unserer Organisation voll und ganz zufrieden sein. In den Kollegen liegt es, daß die Lokalfrage bald behoben wird. Schimpfen über die Wirte, die uns unter dem Druke der Behörden und der Heiligkeit ihre Lokale verweigern, hilft nichts. Helfen kann nur unermüdete Agitation, bis wir stark genug sind, uns entweder ein Lokal erringen oder uns ein eigenes Heim erbauen zu können.

**Rheine.** (Ein noch unberührtes Fleckchen Erde.) Im südwestlichen Winkel der Provinz Hannover liegt das Städtchen Schüttorf; es zählt circa 5000 Einwohner, die durchweg in der Textilindustrie beschäftigt sind. Sehen wir uns die dortigen Verhältnisse ein wenig näher an, so ergibt sich kein erfreulicher Anblick. Hier werden ohne gezahlte, die keineswegs zu den jetzigen Verhältnissen passen. Die Weber verdienen pro Stuhl und Woche 3.— Mark bis 3,75 Mark. Straffsysteme herrschen in gewissen Webereien, die jeder Gerechtigkeit spotten. Strafen von 3.— Mark bis 5.— Mark kommen fast täglich vor. Für heute will ich mich mit einer etwas genaueren Schilderung der Verhältnisse, wie wir sie in der einzigen Baumwollspinnerei am Orte finden, beschäftigen. Die Zustände dieses Betriebes sind ganz unhaltbar. Der Verdienst ist gegenüber dem in dem benachbarten Rheine um circa 20 bis 40 Prozent im Rückstande. Nun erst die Behandlung der Arbeiter! Der allerliebste Ton, den man dem Arbeiter spricht, das geringste Vergehen wird vom technischen Leiter mit den unarmherzigsten Strafen geahndet. Gewöhnlich heißt es: einen Tagelohn Strafe. Auch ist es schon vorgekommen, daß man zwei und mehr Tagelöhne strafte. Die Leute werden von einem Plage zum anderen gejagt, als seien sie Schulkinder. Vom Lohn zieht man nach Belieben ab. Be-schweren sich der Arbeiter darüber, dann heißt es einfach: „Wenn's Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen!“ Auch ist das Prügel-system noch nicht abgeschafft. Tagelöhner verdienen durchschnittlich 1,80 Mark. Nach langjähriger Arbeit können sie's sogar auf 2.— Mark, ja, in günstigen Fällen auf 2,20 Mark bringen. Darum leben die verheirateten Tagelöhner auch fast alle in Schulden. Nun, vorläufig genug hieron! — Seit circa einem halben Jahre ist der christliche Textilarbeiter-Verband dort rührig. Auch ist es ihm gelungen, von den ungefähr 1500 Textilarbeitern 30 Mitglieder zu erringen. Am Sonntag den 16. September machte er nun einen Ausflug im Verein mit einigen auswärtigen Mitgliedern nach dem nahen „Waldschlösschen“. Hier wurde nun nach christlicher Art über die freien Gewerkschaften losgezogen. Man kennt diese Art Agitation ja schon längst. Ein Herr, dem Aussehen nach zu urteilen, war er Beamter, jagte zu seinen Hühnerhosen: „Es ist ganz gleich, ob christlich-national, oder christlich-sozial, oder sozialdemokratisch, alles ist nur eine Magenfrage!“ Nun zeigten sie, wie weit ihr christliches Wissen ausgebildet war. „Dieser Sozialdemokrat“, hieß es, „soll nach Afrika gehen zu den Wilden, dort braucht man keine Kleidung, dort braucht man nur zu essen!“ usw. Wiederum wurden die freien Gewerkschafter als Streikbrecher und derartigen mehr dargestellt. Jedoch man begnügt sich nicht mit der Ubertreibung dieses Herrn in der Versammlung. Am Schüttorfer Bahnhof, während der Fahrt nach Salzgitter, wie während des halbständigen Aufenthaltes am dortigen Bahnhof, verhöhnte und verspottete man (der Referent Otte aus Ibbendünen voran) so recht nach dummes Substantiel diesen Herrn. Auf, Kollegen! Erobert auch dieses ganz verregene Städtchen Erde! Gebildet euch nur, ihr Textilarbeiter-Schüttorfer! Wir werden auch euch Hilfe bringen! Kollegen Schüttorf! Arbeit mit am Aufbau der freien Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband! K.

**Ronsdorf.** Am Samstag den 20. September hielt die Filiale Ronsdorf ihre Monatsversammlung ab. Da der erste Vorsitzende aus Gesundheitsrücksichten seinen Posten niederlegte, wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Kollege H. Haldach, als erster Vorsitzender gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege K. M. e. r. e. n. gewählt. Es wurden dann noch Organisationsfragen erörtert.

**Triebes.** Unsere Filiale hielt am Sonnabend den 22. September eine Extraversammlung ab, welche sehr schlecht besucht war. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden nur zu Hause hinter dem Ofen kritisiert.

**Waldschlösschen.** Am 23. September tagte im Wehrauch-saale in Grund bei Waldschlösschen eine öffentliche Textilarbeiterversammlung, in welcher der Gauleiter Otto Fritsch über folgendes Thema referierte: „Welche Stellung nehmen wir ein zur weiteren Lohnbewegung der Firma Webedo Hartmann u. Wiesen?“ Redner zergliederete zunächst den Anwesenden, wie kleinlich sich diese Firma bei der Lohnforderung der Weber gezeigt hat; viele Arbeiter verdienen durch den Wegfall der Lenzungs- und Kohlenzulage trotz der geringen Lohnzulage weniger als zuvor. Darüber konnten sich die Arbeiter in der letzten letzten Zeit mit derartiger Wohlthätigkeit der Unternehmer unmöglich zufrieden geben. Ferner wies Redner nach,

das die schlesischen Fabrikbesitzer die schlechtesten Löhne in ganz Deutschland zahlen, obgleich diese Herren ihre Waren für denselben Preis verkaufen wie die übrigen Fabrikbesitzer Deutschlands, und daß nur die Schuld allein daran liegt, daß die schlesischen Arbeiter zu schwach organisiert sind. Redner führte den Verjammlen vor Augen, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes werden müsse, damit auch endlich hier bessere Zustände erkämpft werden können. Dieses Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In einer Resolution wurde die Teuerung und die Kohlenzulage neben der Lohnerhöhung weiter verlangt.

Zitau. Welches Interesse die Textilarbeiter von Zitau und Umgegend haben, ihre traurige Lage einigermaßen zu verbessern, zeigt die Versammlungen, welche in Hörnitz, Obersdorf und Mittelherwigsdorf abgehalten wurden. Genossin Lungwitz referierte über das Thema: Der Kampf ums Dasein. Sie führte den Anwesenden die traurige Lage der Arbeiterklasse klar vor Augen und brandmarkte gebührend das Ausbeutungssystem der Textilfabrikanten. Da in obengenannten Orten die größte Zahl der Einwohner Textilarbeiter sind, sollte man glauben, daß die Güter, in welchen die Versammlungen abgehalten wurden, zu klein sein würden, um alle Bedürfnisse aufnehmen zu können. Leider kam es anders, die Textilarbeiter hielten es nicht für notwendig, in einer Versammlung zu erscheinen, um sich Aufklärung darüber zu verschaffen, wie es möglich ist, höheren Lohn und eine kürzere Arbeitszeit zu erhalten. Den Schaden davon haben sie selber.

### Posamentiererbewegung.

Buchholz. Die Posamentierer des Erzgebirgs erwachen! Den ersten Versuch, sich dem Vorwärtstreben der gesamten Kolonnenarbeit anzuschließen, unternahm die Arbeitergesellschaft (Zirkel der Arbeiter) der Firma Köhberg u. Schütte hier. Am Sonntag den 22. September hielten dieselben eine Werkstättenbesprechung ab, in welcher nach lebhafter Debatte beschlossen wurde, folgende Forderungen einzufordern:

1. Vom 1. Oktober ab die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen (exklusive der Pausen).
2. Ein Lohnausfall darf dadurch nicht entstehen.
3. Das Warten auf Material ist abzustellen, eventuell zu vergüten.
4. Die Arbeitsräume sollen wöchentlich mindestens dreimal gekehrt werden, und zwar nach Feierabend (in Abwesenheit der Arbeiter). Die damit beauftragten Mädchen sind hierfür zu entschädigen.
5. Während der Nacht ist für genügende Ventilation Sorge zu tragen.
6. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Dieses Schriftstück ist dem Geschäftsinhaber am Montag den 24. September zugestellt worden. Am Dienstag den 25. September begann bereits die gewünschte Arbeitszeitverkürzung, auch verhandelte der Arbeitgeber am selben Tage mit der gewählten Kommission betreffs der anderen Forderungen in sehr humaner Weise. Sämtliche Wünsche wurden anerkannt und sollen zur Durchführung gelangen. Nur bei einigen Mädchen sei es ihm nicht möglich, den Lohnausfall zu zahlen, da er bei dem von diesen hergestellten Artikel schon jetzt mit Schaden habe arbeiten müssen. Die Kommission meinte, wollte sie nicht alles fallen lassen, auf das Angebot eingehen. Den Mädchen sei hiermit die Mahnung zugerufen: Organisiert euch, um bei gegebener Zeit eure Wünsche wieder zur Geltung bringen zu können!

Buchholz. In der Möbelposamentenbranche war die Firma Köhberg u. Schütte, über die wir in voriger Nummer berichteten, hier noch die einzige, welche die 11-stündige Arbeitszeit hatte. Über die allertraurigsten Verhältnisse in Bezug auf Arbeitszeit und Lohn gibt es in den Schnuren- und Utensilienfabriken. In der Fabrik von Karl Werner haben zwei Arbeiter 7 Wochen lang jeden Tag 18 Stunden gearbeitet. In dieser Hude gibt es überhaupt keine geregelte Arbeitszeit, wenn da nachmittags der Fabrikant verfügt: „Heute abend geht's bis 10 Uhr!“ dann wird eben bis abends 10 Uhr gearbeitet. 60-, 64-, 68- bis 70stündige Arbeitszeit ist in diesen Fabriken die Regel. Wann werden endlich sich diese Arbeiter auf ihre Menschenrechte besinnen? Mit der Ausrufe: „Bei uns wird doch nichts!“ kann niemand mehr kommen, denn wie wir in voriger Nummer gezeigt haben, ist durch einiges geschlossenes Vorgehen etwas zu erreichen. Aber nicht immer sind die Unternehmer einsichtsvoll; meist stellen sie sich doch auf den Herrschaftspunkt. Deshalb muß sich der Arbeiter Dedung suchen, und diese findet er in der Organisation. Die Organisationen aller anderen Branchen machen hier schöne Fortschritte, nur die Posamentenarbeiter wollen den Geist der Zeit nicht verstehen und sparen das Geld für den Verband, damit der Fabrikant das drei- und vierfache dieses Betrages in die Tasche stecken kann. Aber auch den Kollegen in den Großstädten möchten wir empfehlen, ihr Augenmerk auf etwaige in ihrem Orte arbeitende Erzgebirger zu haben, dieselben zu bewußten Klassenkämpfern zu erziehen und sich in jeder Weise ihrer anzunehmen. M. II.

Köln a. Rh. Durch den hiesigen Kreis-Arbeitsnachweis der Posamentierer sind mehrere Stellen im Rheinland zu besetzen, und wollen sich die Kollegen an den Stellennachweis in Köln wenden. Zugleich geben wir die Adressen der verstreubenen Nachweise untenstehend bekannt und ersuchen den Vertrauensmann der Posamentierer Deutschlands, dieselben von Zeit zu Zeit zu veröffentlichen, damit die Kollegen des öfteren daran und an ihre Pflicht erinnert werden.

Berlin SW. 68, Alte Jakobstraße 119, Rest. Blume.  
Buchholz i. Erzgeb., W. Herrmann, Buchenstraße 12.  
Frankfurt a. M., „Gewerkschaftshaus“, Am Schwimmbad.  
Köln a. Rh., G. Senfter, Streitzengasse 43/45.  
Leipzig, „Koburger Hof“, Windmühlenstraße.  
Müncheng., Ernst Rasfa, Kirchweg 31, II.  
Stuttgart, „Gewerkschaftshaus“, Heglinger Straße 17-19.

Leipzig. In einer Posamentierer-Versammlung, abgehalten am 25. September, nahmen die Posamentiergehilfen Leipzigs Stellung zu den von Verbandstage festgelegten Beschlüssen, insbesondere zu den Staffeibeiträgen. Nach ausgiebiger Diskussion, in welcher auf die finanzielle Kräftigung unserer Drangsal hingewiesen und die Vorteile einer gleichmäßigen Beitragsleistung unter den Berufscollegen eines einzelnen Ortes hervorgehoben wurden, gelangte man nahezu einstimmig zu dem Beschlusse, vom 1. Januar 1907 ab, dem Tage der Einführung von Staffeibeiträgen, die höchste Klasse, 60 Pf. pro Woche, außerdem den Ortszuschlag zu Steuern. Mit der Arbeitsnachweisfrage hatte man sich in mehreren Sitzungen beschäftigt, so auch in obiger Versammlung. Für eine bessere, kräftigere Form des Arbeitsnachweises sprachen sich alle Kollegen aus. Können jedoch jetzt das Vorgehen eines einzelnen Ortes in dieser Frage nicht billigen. Der nächste Posamentierer-Kongress muß zunächst darüber eine einheitliche Bestimmung treffen, die jedem organisierten Posamentierer von der Ortsleitung auszubehalten oder ins Verbandsbuch zu übernehmen ist. Ferner wurden ein Sektionsleiter und ein Stellvertreter gewählt. Das Bemühen der Meister um Befristung zwecks Ausbeutung wurde besprochen. An Beschlüssen fehlt es nicht.

### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ueber den Streik in der Wirkwarenfabrik in Jhophau ist nichts Erzeulliches zu berichten. Am Dienstag sind nach der Streikunterstützungszahlung die Kollegen Neubauser, Ausschmitt, und Schaar Schmidt, welche beide schon viele Arbeit in Geminn hatten, zu Arbeitswilligen geworden. Wir enthalten uns wegen dieser Handlungsweise jedes Kommentars, denn eine solche Handlungsweise richtet sich selbst. Fremde Arbeitswillige sind nicht zuzulassen.

Zugzug fernzuhalten ist nach Neubadt a. Orta. Näherer Bericht folgt.

Den zehnstündentag errungen haben die Textilarbeiter von Stankenburg i. Tj.  
Der Streik in Lambrecht dauert unverändert fort. Zu den Arbeitswilligen hat sich auch der Kassnobener Friedrich Wilhelm gestellt. Mit welchen verwerflichen Mitteln die hiesigen Unternehmer, welcher immer von dem Terrorismus der Arbeiter schreien, vorgehen, beweist folgender Brief, welchen W. an das Streikbureau richtete:

Lambrecht, 23. September 1906.  
„In Bezug auf die Aussagen, ich hätte über die Fabrikanten geschimpft, ist Unterzeichneter geneigt, aus dem deutschen Textilarbeiter-Verband auszutreten. Weiter will ich mich nicht äußern, da ich im Lauf vorhergehender Woche erfahren habe, daß ich meinen Dienst im Kassino bis 1. Oktober verlieren würde, auf die Aussage hin, das kann ich unter allen Umständen nicht verlieren. Im Laufe des heutigen Sonntag vormittag habe ich alles tatsächlich vernommen, daß ich bis 1. Oktober 1906 meinen Dienst genommen wird, wenn ich den Herrn nicht Folge leiste.“

Achtungsvoll Friedrich Wilhelm.  
Dieses Fabrikantentum trafeit bei jeder Gelegenheit über den Terrorismus der Arbeiter, wenn aber auf einer Seite dieser Terrorismus vorhanden ist, dann hier bei den Unternehmern, die einem Streikenden mit der Kündigung seiner Nebenbeschäftigung drohen, wenn er nicht zu Kreuze kriecht. Nun, hier haben sie ihr Ziel erreicht, jedoch wird auch dieser eine den von dem Scharfmachertum erhofften Erfolg nicht bringen. Zugung ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Bei der Firma Gellinger u. Pelzer, Bunweberei in M.-Glabach, sind Differenzen ausgebrochen. Einem Zeitraum von einem Jahre hat die Firma mehreren Ausschmittgebern ihren Mut gezeigt, indem sie Maßregelungen vornahm. Die Belegschaft ist zu 90 Prozent organisiert. Sie verlangt die Wiedereinstellung der Gemagerten.

Der Tarifauschuß der deutschen Buchdrucker hat nach acht-tägigen, vom Kommerzienrat Bilzenstein-Berlin geleiteten Verhandlungen seine Arbeiten beendet und den deutschen Buchdrucker tarif für eine weitere fünfjährige Periode festgesetzt. Im wesentlichen wurde in Anbetracht der in der letzten Tarifperiode eingetretenen allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung eine zehnprozentige Lohnerhöhung zugestanden, während die bisherige neunhündige Arbeitszeit bestehen bleibt und nur Sonntags bez. am Jahstage um eine halbe Stunde verkürzt wird. Die beiden großen Organisationen im Buchdrucker-Gewerbe, der Deutsche Buchdrucker-Verein und der Verband der Deutschen Buchdrucker, haben überdies einen Vertrag abgeschlossen, welcher die Durchführung des Tarifs gewährleistet. Der Zutritt anderer größerer Organisationen ist ausdrücklich vorbehalten.

Oesterreich. Der Kampf in der Wäcker Textilbranche ist, wie wir schon meldeten, nach 21wöchiger Dauer von der Arbeiterschaft für beendet erklärt worden. Von dieser Aussperrung, welche durch die Maßfeier hervorgerufen wurde, waren anfanglich 1080 Personen betroffen, wovon über 300 Arbeiter nach achttägiger Dauer die Sperre aufgehoben wurde; 200 Arbeiter (Firma Lindemann) haben nach zehnwöchigem Kampfe eine 10-15prozentige Lohnerhöhung, den zehnstündentag und die Anerkennung des Fabrikarbeitsausschusses zugestanden bekommen, und darauf die Arbeit aufgenommen. Für den Rest von über 350 Arbeitern aus fünf Betrieben, von denen aber gegen 150 Arbeiter anderwärts Arbeit gefunden hatten, ist da garricht daran zu zweifeln war, daß die Fabrikanten noch auf einen Teil der zweiten Saison Verzicht leisten würden und nebenbei zu berücksichtigen war, daß nach Beendigung der Bauaison die Farbereien voll geworden wären, der Kampf aufgehoben worden. Es kann somit festgestellt werden, daß zwei Teile dieser Aussperrung für die Arbeiter günstig und ein Teil ungünstig abgelaufen ist. Die Unternehmer reden auch garricht von einem Erfolg, denn sie beschwerten sich einig und allein über den großen erlittenen Schaden, an dem sie aber selbst die Schuld tragen, indem sie sich diesen Kampf selbst aufhaken. Die Unternehmer müssen eben auch durch Schaden erst klug werden, denn sie haben mit dieser Aussperrung den erwünschten Erfolg, die Organisation zu verhindern, nicht erreicht und werden sich später derartige Dinge vielleicht besser überlegen. Die Arbeitsaufnahme geht sehr langsam vor sich, so daß noch immer weit über 100 Arbeiter draußen stehen. Es werden also noch einige Wochen vergehen werden, bis sämtliche Arbeiter untergebracht sind. Deswegen ist Zugung von Arbeitern und Fahrern nach M. strengstens fernzuhalten.

Den zehnstündentag eingeführt hat weiter die Firma Fuhs, Meindl u. Horn, Siederfabrik in Graßlitz. Diese Firma beschäftigt circa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Streik in Dürfel zeigt keine Veränderung. Der Streik bei F. Mohr in Jablonitz dauert gleichfalls in bisheriger Weise fort. Die dortige Firma Stumppe u. Hilber sucht der bestreikten Firma zu helfen, sie gab ihren Arbeitern bekannt, daß alle jene, welche Familienangehörige unter den Streikenden haben, diese veranlassen müssen, zur Arbeit zurückzukehren, sonst müßten auch sie aus der Arbeit entlassen werden. Dieses geradezu schamlose Vorgehen hat eine leicht begehrliche Erregung hervorgerufen. Ein Arbeiter bekam gleich die Fabrikswohnung gekündigt, falls er seinen Sohn nicht zur Aufnahme der Arbeit bewege; aus Furcht tat er dieses auch. Auf ähnliche Weise wurden zwei weitere Arbeiterinnen gezwungen, Streikbruch zu begehen. Die Lohn-differenzen in Sobieslau bei der Firma „Gesellschaft für Handel und Industrie“, mechanische Selbweberei, sind betriebsgeleget, indem der Direktor Süsser auf folgende Vereinbarungen eingegangen ist: 1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden; kann bei Im Notfall, jedoch nur im Einvernehmen mit den Arbeitern verlängert werden. 2. Im Betrieb wird kein Unterschied zwischen organisierten und unorganisierten gemacht. 3. Jedes die Entricht schuldigende Vorgehen unter den Beschäftigten wird unter Zuhilfenahme der Vertrauensmänner selber Teile gekürzt und mit dem Streikfried nach dem Urteil derselben verfahren. 4. Die Löhne werden nach den bisherigen Lohnhöhen berechnet. — Sehr erfreuliches Ergebnis haben die San d r u d e r M e i e r d e r D e s t e r r e i c h s i n d e r D a m m w o l l e n e K o s t l i c h e r i n a t t l i c h e n V e r h a n d l u n g s w e g e e r r u n g e n. D e m G e n a s s e n V e r b a n d h a n d u n g d e r B e t r i e b s m e i s t e r u n d d e r A r b e i t e r g e l a n g e s t e e i n e n D r u c k l o h n f a r a n z u w e i t e r n u n d z u r A n n a h m e z u b i n g e n, d e r f ü r d i e H a n d d r u c k e r e i n e L o h n e r h ö h u n g v o n

12,5 bis 25 Prozent bedeutet. Nach dem 1. Oktober ist nun auch in den hier noch bestehenden zwei kleineren Betrieben entweder nur nach diesem neuen Tarifdrucktarif oder garricht gearbeitet worden.

Schweiz. Streik in Basel und St. Ludwig. Seit Montag den 24. September stehen 300 Arbeiterinnen und Arbeiter der Gesellschaft für Bandfabrikation in Basel und St. Ludwig im Streik. Wir eruchen dringend Spulerinnen, Bandaufseherinnen, Winderinnen, Zettlerinnen und Pasamentierer, bis auf weiteres Basel zu meiden.

Belgien. 20 000 Textilarbeiter sind in Deruiers von den Unternehmern einfach ausgesperrt worden, um die Arbeiterorganisation zu vernichten.

Italien. Ein Riesenstreik für den zehnstündentag ist in den zahlreichen Seiden- und Baumwollfabriken um den Lago Maggiore ausgebrochen. Die Unternehmer, die gleichfalls organisiert sind, erklären sich bereit, den zehnstündentag zu bewilligen, sobald die Arbeiter den Beweis erbringen, daß in der Mehrheit der italienischen Textilfabriken nicht länger als 10 1/2 Stunden gearbeitet wird. Natürlich können die Arbeiter nicht im Handumdrehen eine Note über die Arbeitszeit in einer der größten Industrien des Landes organisieren und durchführen. Inzwischen weigern sich die Unternehmer, zu unterhandeln. Der Streik, von der Arbeitskammer von Triest geleitet, greift von Tag zu Tag auf neue Ortschaften über. Nach einem Spezialbericht des „Corriere della Sera“ streiken zurzeit 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. In vielen Orten haben auch die anderen Gewerbe als Solidarität die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden bewahren musterhafte Disziplin und Ruhe, sodaß ihnen sogar die konservative Presse ihre Sympathie ausspricht. Die ganze Gegend wird mit Militär überwacht. Seit dem Jahre 1900 hat Italien nicht eine derartig große Streikbewegung gesehen, wie in diesem Jahre.

In Mailand sollen gegen 1000 streikende Arbeiterinnen eine Fabrik, in der Arbeitswillige fortarbeiteten, angegriffen und mit Steinen und anderen Gegenständen des Gebäudes zertrümmert haben. Dem herbeigerufenen Militär sollen sie verzweifelte Widerstand geleistet haben.

### Gewerkschaftliches.

Tarifverträge in der Metallindustrie. Ein Bild von der Verbreitung der Tarifverträge in der Metallindustrie geben folgende Zahlen. Es waren Tarifverträge abgeschlossen:

Im Jahre	Zahl der Tarife	in Orten	Zahl der tariflosen Betriebe	Zahl der tariflich beschlossenen Arbeiter
1903	39	27	2108	11 862
1904	62	27	2530	18 270
1905	156	27	9268	41 050

Wie sieht die Metallindustrie, in der die härtesten Forderungen gegen die Anerkennung der Organisation der Arbeiter als gleichberechtigter Kontrahent bei Abschluss der Arbeitsverträge stehen, hat sich in steigendem Maße der Macht der Verhältnisse beugen müssen! Auch der Abschluss des Vertrages nach der großen Aussperrung in Dresden ist im Grunde nichts anderes als ein Verhandeln mit der Organisation der Arbeiter. Darüber besteht wohl selbst bei den Scharfmachern kein Zweifel.

Die Bauhilfser Christianias haben einen Tarifvertrag abgeschlossen, der bis Juni nächsten Jahres gilt. Der Minimallohn wurde auf 40 Cents die Stunde festgelegt und bei Ausbesserung garantiert. Das Baugewerbe in der norddeutschen Hauptstadt leidet fortwährend unter einer schlechten Konjunktur; andererseits hätten sich die Bauhilfser gewiß nicht mit einem so niedrigen Minimallohn begnügt.

Die belgischen Gewerkschaften im Jahre 1906. Die Zahl der industriellen Arbeiter zwischen 16 und 60 Jahren beträgt in Belgien 1 265 000, davon sind 970 000 Männer und 265 000 Frauen. Im Handel und Transport sind tätig: 180 000 Männer und 115 000 Frauen; hierzu kommen 295 000 Männer und 35 000 Frauen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten beträgt insgesamt 148 433 Arbeiter (Männer und Frauen). Davon entfallen auf die der sozialistischen Partei angehörenden Gewerkschaften 94 151, die „neutralen“ Gewerkschaften gehören 34 853 an, während die katholischen 17 814 und die Liberalen 1885 Mitglieder zählen. Zu den „neutralen“ Gewerkschaften zählen vor allem die Lybographeen, die Diamantarbeiter von Antwerpen, die Glaserarbeiter von Charleroi, die Handschuhmacher, die Weber von Verviers. Diese neutralen Gewerkschaften stehen dem Sozialismus durchaus nicht feindlich gegenüber, die meisten ihrer Mitglieder zählen sich zur Partei, sind den politischen Gruppen und den sozialistischen Genossenschaften angeschlossen; sie sind nur aus tatsächlichen Gründen, aus Rücksichtnahme gegen die Industriellen, gegen einen engen, unmittelbaren Anchluss an die sozialistische Partei. Auf den Kongressen der sozialistischen Gewerkschaften sind die neutralen Organisationen vertreten, einige sogar in der belgischen Gewerkschaftskommission (Generalkommission). Daraus ergibt sich, daß über vier Fünftel der organisierten Arbeiterchaft Belgiens zu den modernen Gewerkschaften gerechnet werden können. Die katholischen und liberalen Gewerkschaften sind Schöpfungen des Unternehmertums und der katholischen Kapläne, gegründet zum Zwecke der Zersplitterung, des Lohnbruchs und des organisierten Streikbruchs.

### Bemischtes.

Das „Volkshaus“ zu Chemnitz. Vor 3/4 Jahren erwarb in Chemnitz der als Gegenmittel gegen die Saalabtreibung bekannte Verein Volkshaus das Ballenabfallment „Koloffaum“, das dann in Volkshaus umgenannt wurde. Eseden hat der Vorstand den Bericht über das zweite Geschäftsjahr des Volkshauses herausgegeben. Er konstatiert einen schönen Fortschritt. Ueber gehören indes von den 14 000 gewerkschaftlich organisierten in Chemnitz noch nicht einmal 800 (!) dem Verein an. Es soll jetzt eine intensive Agitation für den Verein unter den Gewerkschaften betrieben werden. Der Kassenschluss zeigt in Einnahme und Ausgabe den Betrag von 131 144,78 Mk. Die reine Einnahme aus dem Gewerbebetriebe betrug mit 122 000 Mk. 18 000 Mk. mehr als im Vorjahre. Trotz kostspieliger Anschaffungen, Neueinstellungen, Reparaturen, Brandschaden, Abschreibungen u. a., die hohe Ausgabeentlasten enthalten, ist doch ein Ueberschuss von über 8000 Mk. zu verzeichnen. Durch Spenden der Gewerkschaften ist ein Herbergsgeld geschaffen worden. Die Herbergsgeldentlasten liegen in Chemnitz sehr im argen. Es soll daher möglichst schon im nächsten Jahre auf dem Grundriss des Volkshauses eine allen Anforderungen entsprechende moderne Herberge errichtet werden.

Das „Volkshaus“ in Leipzig. Nachdem die Wirtschaftsräume des an der Zeitzer Straße 32 belegenen Volkshauses Leipzig, umfassend große Restaurationslokaleitäten in Barock- und 1. Etage, seit Oskern im Betriebe sind, hat am 8. August die Errichtung der Herberge erfolgen können. Zur Benennung haben 106 Votanten, welche in der 3. und 4. Etage des nördlichen Trüglers untergebracht sind, während im 2. Gesch. für die spätere freundliche Aufnahmefähigkeit vorhanden. Der Preis für Uebernachtung ist sehr mäßig, da für 45 Pfennig Bad und Frühstück (Kaffee und Bröckchen) gewährt werden. Die Bewirtung ist von der des übrigen Hauses völlig getrennt. Ebenfalls sind von der Herberge getrennt die in der 4. Etage befindlichen 4 Zimmer mit 8 Betten, welche zur Aufnahme von Delegierten ausbezogen sind und demgemäß auszerichtet sind. Mit der Aufnahme der Herbergswesen dürfte die Entwicklung des Leipziger Volkshauses ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden haben. Die jährlichen Bemühungen, ein der Leipziger Arbeiterchaft würdiger Heim, sowie für die reisenden Gewerkschaftsmitglieder endlich eine den hiesigen und hiesigen Vorbedingungen entsprechende, gemeinsame Herberge zu schaffen, sind nunmehr verwirklicht worden. Ueber die beteiligten Kreise, wie bisher, so auch in Zukunft abgesetzt für die Förderung des Unternehmens eintragen.